

# POLITICUM



Krisenzeiten:  
Stillstand oder Wandel?

# Inhaltsverzeichnis

## Politicum im WS 2020/21

<b>1</b> Titelthema	Bürger*innenräte – eine Lösung für die Krise der Demokratie?	S. 6
	Vor dem nächsten großen Knall?	S. 8
	Wird das digitale Studium zur Norm werden?	S. 14
	Aufruf zum Stillstand im Stillstand	S. 18
	Corona vs. Spanische Grippe	S. 20
	Schwarzes gegen grünes Gold	S. 24
	Operation Irini - Die EU und Geflüchtete im Mittelmeer	S. 26
	Niemals Bürger*innen von Calais?	S. 30
	Ehrenamt in Krisenzeiten	S. 32
Könnte es hier einen Zusammenhang geben?	S. 38	
<b>2</b> Interview	OHNE WORTE mit Dr. Evelyn Moser	S. 22
	In Ungarn unter Orban inmitten einer Pandemie	S. 40
<b>3</b> Kommentar	Politische Ideologien raus aus Schulen und Universitäten	S. 28
	Dozierendenkommentar von Dr. Alice Barth	S. 10
	Dozierendenkommentar von Christopher Prinz M.A.	S. 34
<b>4</b> FS SozPol	Vorwort	S. 4
	Jubiläum UN-Resolution 30.10.2020	S. 5
	Du bist die Fachschaft!	S. 13
	Internationaler Tag der Migration 18.12.2020	S. 16
	Impressum	S. 44

## Liebe Lesende,

natürlich gibt es auch in diesem Semester ein Politicum. Schon in der letzten Ausgabe kamen wir an der Krisen-Thematik nicht so ganz vorbei. Deshalb stellen wir uns diesmal die Frage: „**Krisenzeiten - Stillstand oder Wandel?**“

Ob es kriegerische Konflikte in der Welt sind oder Fragen die uns im universitären Bereich begegnen, die Welt scheint zur Zeit aus den Fugen geraten zu sein. Noch nie haben uns Themen wie Rassismus und Migration so intensiv beschäftigt. Auch das Thema Umweltschutz wurde heiß diskutiert. Mit einer weltweiten Pandemie, schien das Jahr 2020 als das Krisenjahr schlechthin. Oder schien uns das nur so? Wurden diese Debatten nicht schon unendliche Male geführt oder wird sich jetzt wirklich was

ändern? Wie wird das Jahr 2021 die Frage nach Stillstand oder Wandel beantworten?

Letztendlich liegt es in unserer Hand.

Diese Ausgabe beinhaltet spannende Texte zu den verschiedenen humanitären Krisen der Welt, zu Kriegen und Menschenrechtsverletzungen, aber auch den Herausforderungen des Alltags und in der Uni. Mal optimistisch, mal realistisch, aber immer lesenswert. Das OHNE WORTE Interview haben wir mit Dr. Evelyn Moser geführt.

Die Dozierendenkommentare tragen dieses Mal Dr. Alice Barth und Christopher Prinz M.A. bei. Außerdem könnt ihr euch auf Beiträge des Referats für Politische Bildung freuen.

Vielen lieben Dank an alle die für diese Ausgabe geschrieben haben und beim Entstehen dieses Politicums mitgeholfen haben.

Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen!

Judith Lea Reuber



## Mach mit!

Schreib eine Mail an [politicum@fs-sozpol.de](mailto:politicum@fs-sozpol.de), wenn du auch einen Artikel schreiben möchtest, oder komm zu unseren Fachschaftssitzungen:

**Mittwochs** (im Semester), **20 Uhr c.t.**, Gr. Übungsraum Lennéstr. 27/auf Zoom (Link per Anfrage)

**Wir freuen uns auf dich!**

# Liebe Studierende,



wir freuen uns euch hier im Rahmen des Politicum als neuer Vorsitz begrüßen zu dürfen. Ein weiteres beinahe komplett digitales Semester geht zu Ende und es ist Zeit zurückzuschauen auf die Schwierigkeiten aber auch die Erfolge des Wintersemesters 2020/21.

Wie die gesamte Fachschaftsarbeit mussten leider auch die Ersti-Wochen online stattfinden: Ein digitales Pub-Quiz, einige Spieleabende via Zoom und interessante Vorträge und Diskussionsveranstaltungen boten die Chance sich untereinander kennenzulernen und auszutauschen. Ein weiteres Veranstaltungshighlight war die traditionelle Weihnachtsfeier, welche auch in diesem Jahr wieder zum größten Teil von engagierten Erstis geplant wurde. Weil auch in Corona-Zeiten weihnachtli-

che Stimmung nicht fehlen darf, hieß es dieses Mal in der Weihnachtsbeckerei Kyrie elei-Zoom anstatt Kyrie eleison. Dafür bedanken wir uns bei allen Beteiligten recht herzlich. Aber auch ungeachtet der Veränderungen in unseren Veranstaltungen hat sich in der Fachschaft an sich einiges getan. Anfang November haben wir die neue Fachschaftsvertretung gewählt und aufgrund aktueller Anlässe kam es auch zur Gründung eines neuen Referates. Das GLP – das Referat für Gute Lehre und Parität – setzt sich von nun an für Gleichberechtigung und Transparenz in Personalentscheidungen an den verschiedenen Lehrstühlen unseres Instituts ein. Auch die anderen Referate konnten ihre Arbeit digital fortsetzen und zum Beispiel Spieleabende auf Zoom organisieren, interessante Beiträge zu Themen wie Migration und Frauenrechten auf Instagram erstellen oder diese tolle Semesterzeitschrift herausbringen. 😊

Uns ist bewusst, dass dieses Semester nun in zweiter Runde eine große Herausforderung für uns alle ist und vieles von dem was ein Studium ausmacht wegfällt. Wir hoffen, dass ihr trotz Online-Lehre und Home-Office-

Studium noch nicht den Spaß am Studieren verloren habt und weiterhin im Austausch mit euren Kommiliton\*innen bleiben könnt. Natürlich geben wir weiterhin unser Bestes, um für eure Belange am Institut einzustehen und sind jederzeit für eure Anregungen, Fragen, Kritik und Ideen offen. An dieser Stelle wollen wir darauf hinweisen, dass wir unsere Sitzungen nach wie vor mittwochs um 20:15 Uhr auf Zoom abhalten und im Anschluss an den organisatorischen Teil noch auf ein Kaltgetränk der Wahl zusammenbleiben und uns über alles Mögliche austauschen.

Wir freuen uns immer über neue Gesichter und möchten euch herzlich dazu einladen vorbeizuschauen und euch bei Lust und Interesse bei der Fachschaft zu engagieren!

Bis dahin wünschen wir euch eine erfolgreiche und nicht allzu stressige Klausurenphase, möglichst entspannte Semesterferien und natürlich viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe des Politicum. 😊

**Bleibt Gesund!**

**Euer Moritz &  
Eure Alina**

## 30.10.2020

### 20-jähriges Jubiläum der UN-Resolution 1325: Frauen, Frieden und Sicherheit.

Von **Donika Aliu & Emily Krüger**

Am 30. Oktober 2020 wurde das 20-jährige Jubiläum der UN-Resolution 1325 – Frauen, Frieden und Sicherheit gefeiert. Diese Resolution beinhaltet sowohl innen- als auch außenpolitische Dimensionen. Zum einen soll der Schutz von Mädchen und Frauen in Kriegsgebieten gewährleistet werden. Zum anderen steht die Stärkung der Teilhabe von Frauen in internationalen Friedens- und Sicherheitsprozessen, welche eng mit der Beendigung von der geschlechterbasierten Diskriminierung verknüpft ist, im Vordergrund.

Hintergrund dieser Resolution ist, dass die Beteiligung von Frauen an Konfliktprävention und –bewältigung nachweislich effektive Auswirkungen auf Friedensprozesse hat. Laut einer Statistik von 2015 sind jedoch nur 3% aller Peacekeeper weiblich und nicht mehr als 2% des Budgets für Sicherheits- und Friedenszwecke werden für Gleichstellungsmaßnahmen ausgegeben. Die Beteiligung von Mädchen und Frauen an Friedensprozessen wird immer noch zunehmend unterschätzt

und unzureichend finanziert, wodurch ein wichtiges Instrument zur nachhaltigen Friedenssicherung maßgeblich vernachlässigt wird. Mehr Zahlen und Fakten zu diesem Themengebiet findet ihr unter <https://wps.unwomen.org/>.

Auch die Bundesrepublik Deutschland hat die Resolution mit unterschiedlichen Initiativen gewürdigt. Beispielsweise lädt Deutschland regelmäßig gezielt Expert\*innen aus der Zivilgesellschaft zu Sitzungen des Sicherheitsrats ein und leitet informelle Sicherheitsratssitzungen zu dem Thema.

Darüber hinaus leitet Deutschland zusammen mit der Dominikanischen Republik den Co-Vorsitz der informellen Expert\*innen Gruppe für Frauen, Frieden und Sicherheit. Die Umsetzung in Deutschland steht dahingehend in der Kritik, dass die Agenda überwiegend als Frauenförderungsinstrument oder "Add-On" von außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitischen Maßnahmen und nicht als Richtlinie für eine transfor-

## 30.10.2020

20-jähriges  
Jubiläum der  
UN-Resolution  
1325 - Frauen  
Frieden und  
Sicherheit

mative Politik im In- und Ausland behandelt wird. Der Fokus der Bundesregierung liege mehr auf der Erhöhung der Frauenquote, als auf die Ausbesserung der strukturellen, genderdiskriminierenden Hürden.

# Bürger\*innenräte - eine Lösung für die Krise der Demokratie?

Allen eine Stimme geben: Wenn Expert\*innenkommissionen aus zufällig ausgewählten Bürger\*innen Politik machen

Von **Florian Kommer**

Wolfgang Schäuble, Extinction Rebellion, irische Feministinnen und Emmanuel Macron haben auf den ersten Blick nicht viel gemeinsam. Aber alle können sich auf zwei Dinge einigen: Erstens glauben alle, dass die Demokratie in einer schweren Krise ist. Und zweitens sind sich alle sicher, dass unsere Demokratie neue innovative Mittel braucht, um zukunftsfähig zu werden. Sie alle fordern dabei Bürger\*innenräte, also eine Gruppe von ausgelosten Bürger\*innen, die die Politik zu einem Thema beraten.

Dass die repräsentative Demokratie in der Krise ist, zeigt sich für viele daran, dass das Vertrauen in Politiker\*innen und ihre Arbeit immer mehr zurückgeht. Laut dem amerikanischen Pew Research Center glauben 62% der Deutschen nicht, dass sich die Politik wirklich um sie kümmert.

Ein ähnlich deutliches Bild zeigt auch der ARD-Deutschlandtrend im Oktober dieses Jahres. Dort gaben 35% der Befragten an,

nicht mit der Demokratie zufrieden zu sein, in Ostdeutschland waren es sogar 49%, also fast die Hälfte der Befragten. „Wir müssen unsere parlamentarische Demokratie zukunftsfähig machen“, sagt deswegen Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble der Süddeutschen Zeitung. Er glaubt dabei an Bürger\*innenräte als eine mögliche Lösung der Krise der Demokratie. Und damit ist er nicht allein. Bürger\*innenräte als eine neue Form der direkten Demokratie werden inzwischen von einem sehr bunten Feld aus Parteien, wie z.B. den Grünen, einzelnen Politiker\*innen, wie eben Wolfgang Schäuble, aber auch ganz anderen politischen Gruppen wie Extinction Rebellion gefordert. Aber was sind Bürger\*innenräte überhaupt und was können sie dafür tun unsere Demokratie lebendiger zu machen?

## Was ist ein Bürger\*innenrat?

Ein Bürger\*innenrat ist eine Expert\*innenkommission aus zufällig ausgewählten Bürger\*in-

nen. Die Teilnehmer\*innen werden aus der gesamten Bevölkerung so ausgelost, dass sie annähernd die Bevölkerung abbilden, zum Beispiel in Bezug auf Einkommen, Geschlecht und Bildungsgrad. Unter der Anleitung von geschulten Moderator\*innen werden die Teilnehmer\*innen zu einem oder mehreren Themen informiert, diskutieren darüber und bilden sich eine Meinung. Am Ende wird über mehrere Fragen abgestimmt und der Bürger\*innenrat gibt seine Empfehlungen an die Politik und die Öffentlichkeit weiter.

## Irland als Erfolgsbeispiel

In Deutschland gibt es diese neue Form der direkten Demokratie mit Ausnahme von kleineren Versuchen noch nicht. Deswegen lohnt sich der Blick nach Irland, wo es seit 2011 ein ähnliches Gremium gibt: Das dortige „Citizen Assembly“ ist ein aus 99 ausgelosten irischen Bürger\*innen bestehender Rat, der die irische Regierung berät. Internationale Aufmerksamkeit erhielt der iri-

sche Bürger\*innenrat dadurch, dass er eine entscheidende Rolle dabei spielte, das strenge Abtreibungsverbot des Landes zu kippen. Im katholisch geprägten, eher konservativen Irland hatten sich Politiker\*innen Jahrzehnte lang nicht getraut gegen das in der Verfassung festgelegte Verbot von Abtreibungen vorzugehen, vor allem aus Angst das Vertrauen ihrer Wähler\*innen und damit ihre Position zu verlieren.

Die katholische Kirche, die in Irland sehr präsent ist, verteidigte das Verbot ebenfalls. Gleichzeitig wurde der Unwille in der Bevölkerung über das Verbot immer lauter. Schließlich half das „Citizen Assembly“ 2016 die Debatte auf eine politische Ebene zu bringen: Sie wurde vom Parlament beauftragt über das Abtreibungsverbot zu debattieren. Die Versammlung sprach sich mit überwältigender Mehrheit für eine Legalisierung von Abtreibungen aus und löste damit eine gesellschaftliche Debatte aus, die 2018 zu einem Referendum führte, nach dem das Verbot aus der Verfassung entfernt wurde. Kurze Zeit später legalisierte das Parlament Abtreibungen.

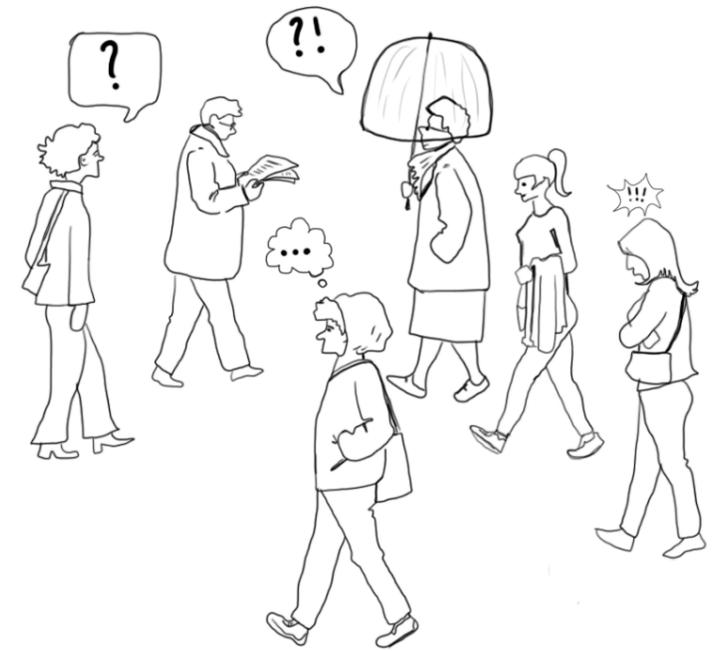
Seitdem schaltet sich das „Citizen Assembly“ immer wieder bei wichtigen politischen Fragen ein und äußert sich zum Klima-

schutz, zum demographischen Wandel oder zur Gender pay gap.

## Was können Bürger\*innenräte?

Das irische Beispiel macht mehrere Vorteile von Bürger\*innenräten deutlich. Sie können die Meinung der Bevölkerung auch gegen die Interessen von Parteien und Lobbyverbänden zum Ausdruck bringen und durchsetzen. Damit kommen auch Themen zur Sprache, die sonst kaum Aufmerksamkeit erhalten. Außerdem werden die Weisungen eines Bürger\*innenrates eher ernst genommen, weil sie die Meinungen des Querschnitts der Bevölkerung repräsentieren. Klar ist aber auch, dass Bürger\*innenräte nie allein Politik machen können und sollten.

Politik braucht immer auch Expert\*innen. Ein gut informierter Bürger\*innenrat kann nicht die Arbeit von Jurist\*innen, Volkswirtschaftler\*innen und Politikwissenschaftler\*innen ersetzen, die politische Zusammenhänge besser verstehen und einordnen können. Auch die Krise der Parteien können Bürger\*innenräte nicht im Alleingang lösen. Gerade in der Bundesrepublik sind wir auf Parteien angewiesen, um Meinungen zu Politik zu machen. Auch ein Bürger\*innenrat ist davon abhängig, dass sich Leute für Politik interessieren und dass es eine informierte Öffentlichkeit gibt. Aber Bürger\*innenräte können der erste Schritt sein: Sie können das Vertrauen in die Politik stärken und Menschen neu für Politik begeistern, die sich dann vielleicht auch an anderen Stellen für Politik einsetzen.



© Judith Reuber

# Vor dem nächsten großen Knall?

Geschichte und Zukunft der Atombombe

Von **Marc Schultheis**

Als mit Little Boy am 6. August 1945 die erste Atombombe auf Hiroshima abgeworfen wurde, ließen die USA eine unglaubliche Zerstörungsgewalt los, die sich vor allem gegen die Zivilbevölkerung richtete. Dabei wurde so eine große Menge an Energie freigesetzt, dass Temperaturen von ungefähr 4000 °C erreicht wurden. Bei dieser Hitze verdampften Vögel; Ziegel und Glas schmolzen. Bei Menschen, die sich ohne Schutz wie Kleidung oder weder hinter Gebäuden noch Bäumen aufhielten, verkohlte ihre Haut. Ihr Schatten brannte sich in den Boden ein. Ansonsten blieb von ihnen nichts übrig. Nach den ersten zehntausenden Toten wurden viele von der radioaktiven Strahlung, von deren Auswirkung sie nichts wussten, kontaminiert.

In den Tagen nach der Explosion starben etliche an den Auswirkungen der Strahlung, waren lebenslang von dieser beeinträchtigt oder hatten schwerste Verbrennungen. In den folgenden Jahren stieg das Krebsrisiko stark an, bei Geburten wurden viele Kinder tot oder mit Missbildungen geboren. Mit einer Bombe starben schätzungswei-

se 100.000-150.000 Menschen und dies nur in den ersten Tagen nach dem Abwurf. Auch wenn der Zweite Weltkrieg kurz darauf mit der Kapitulation Japans endete, begann gerade dann der Wettlauf zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, um sich mit immer neueren Modellen der todbringendsten Waffe überhaupt die Oberhand im Kalten Krieg zu sichern.

1961 testeten die Sowjets die sogenannte „Zarbombe“. Diese Wasserstoffbombe war unglaublich 4000 Mal so stark wie die auf Hiroshima abgeworfene Atombombe. Seitdem wäre die Menschheit in der Lage, sich selbst zu vernichten.

## Die Atombombe als Friedensversprechen?

Doch selbst mit dem Zerfall der UdSSR wurden Atomwaffen nicht obsolet. Neun Länder besitzen noch atomare Sprengköpfe, namentlich die USA, Großbritannien, Frankreich, die VR China, Russland, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea.

Gerade für die beiden Letztgenannten oder Länder wie den

Iran, die ihre Entwicklung allesamt im Geheimen durchführ(t)en, scheint der Besitz von Atomwaffen das ultimative Friedensversprechen zu sein. Tatsächlich wurden außerhalb des Zweiten Weltkriegs atomare Waffen auch nicht mehr kriegerisch gegen Menschen eingesetzt.

Vor allem im vergangenen Jahrhundert war die Idee populär, dass grade solch vernichtende Waffen Frieden schaffen würden. Alfred Nobel träumte schon lange vor der Entwicklung der ersten Bombe von einer solch zerstörenden Waffe, die so schrecklich sei, dass niemand mit diesem Risiko mehr Kriege führen würde. Eine Theorie, der auch viele (Neo-)Realisten folgen. Grundbedingung für diesen Traum müsste aber die Prämisse sein, dass solche Waffen lediglich in der Hand staatlicher Akteure wären, die zudem rein rational handeln. Fraglich bleibt natürlich wie sinnvoll eine Welt voller Atomwaffen ist und ob diese überhaupt eine sicherere ist, als eine ohne. Viele Atommächte leben in spannungsgeladenen Beziehungen zu ihren Nachbarn, wie Indien und Pakistan oder Israel, die im Jom-Kippur-Krieg einen Atomwaffeneinsatz auch



*Friedensdenkmal in Hiroshima*

nicht per se ausschlossen. Oder isolierte Staaten wie Nordkorea, deren Eliten im Fall einer militärischen Niederlage oder Staatsstreichs nichts zu verlieren hätten. Niemand könnte solche Akteure vom Einsatz abhalten. Und letztendlich führen auch Atommächte weiter Kriege.

## Atomwaffen im sino-amerikanischen Dualismus

Nicht zuletzt spannend wäre ein Blick auf einen Konfliktherd zweier Mächte, der zwar jetzt nur unter dem Deckel brodelt, aber in Zukunft den zentral-globalen Dualismus bilden wird. Die Vereinigten Staaten und die Volksrepublik China. Während auch bei Biden ein härterer Kurs gegen die Volksrepublik abzusehen ist, konnte Chinas Aufstieg auch von der diesjährigen Pandemie nicht wirklich gestoppt werden. Der östliche Hegemon, der zudem seinen globalen Einfluss durch das Seidenstraßenprojekt (ein

gigantisches, hunderte Milliarden schweres (Infra-struktur-) Investitionsprojekt) weiter ausbaut und die Abhängigkeit anderer Länder zur Folge hat, beginnt zudem seine Ziele zunehmend aggressiver anzugehen. Von der Unterdrückung der Uiguren über Ausbau der Kontrolle des Südchinesischen Meeres, in Gebieten, deren Hoheitsrechte eigentlich bei den Anreinerstaaten liegen, bis hin zur Ein-China-Frage, welche Taiwan als Teil Chinas fokussiert.

Ohnehin stellt sich die Frage, ob die USA die Wachablösung als Weltmacht hinnehmen würden. Als insgeheimer Schutzherr des demokratischen Taiwans könnten die USA, falls sie den Angriff der Volksrepublik nicht einfach hinnehmen, in einen bewaffneten Konflikt geraten. Es scheint unwahrscheinlich, dass in einem Konflikt solcher Größe keine Atomwaffen eingesetzt werden würden, welche durch

ihre Kraft als Game Changer fungieren können. Ob ein neuer Kalter Krieg bevorsteht, der womöglich heiß werden könnte? Letztlich hängt dies von beiden Seiten ab. Akzeptieren die USA Chinas neue Rolle? Welche Rolle genau wird China anvisieren und wird es diese kriegerisch anpeilen? Xi Jinping, Chinas Staatspräsident, lehnte in der Vergangenheit Begrifflichkeiten wie einen neuen Kalten Krieg ab und betonte, dass Staaten nicht automatisch in einer selbsterfüllenden Prophezeiung in Kriege geraten, sondern sich allenfalls die nationalen Führer in solche Situationen begeben könnten. China hingegen strebe keine Kriege an.

## Abrüstung als Lösung?

Eine Lösung, die Bedrohung eines Atomkrieges drastisch zu minimieren, böten Abrüstungsverträge. Allerdings ist gerade der scheidende US-Präsident Trump mit Russland nicht auf einen solchen Deal eingegangen. Möglicherweise könnten solche Begrenzungs- oder gar Abrüstungsdeals aber künftig wieder friedensstiftend wirken, wenn die Atommächte, zumindest aber die USA, China und Russland sich an solch einen Pakt halten. Dies könnte die Chance auf den Ausbruch eines atomaren Krieges reduzieren. Zumindest für eine Weile.

# Regieren nach Zahlen?

Zur Macht von Daten und Statistiken in der Corona-Krise

Von **Dr. Alice Barth**

Werden wir schon in „normalen“ Zeiten in medialer Berichterstattung und politischer Kommunikation ständig mit Zahlen – seien es Arbeitslosenquoten, Wahlergebnisse oder Zustimmungswerte – konfrontiert, hat sich der Fokus auf Daten und Statistiken in der Corona-Pandemie noch einmal verstärkt. Täglich sind die vom Robert-Koch-Institut gemeldeten Neuinfektionszahlen eine Pressemeldung wert, regionale Inzidenzwerte werden verglichen und Änderungen im R-Wert diskutiert. Politische Entscheidungen werden mit der Notwendigkeit, die Zahlen zu drücken beziehungsweise die **„Kurve abzuflachen“**, begründet, und dass eine Kanzlerin öffentlich für ihre Fähigkeit, exponentielles Wachstum verständlich zu erklären, bewundert wird, dürfte so auch noch nicht vorgekommen sein.

In der Soziologie wird die zunehmende Wichtigkeit von Zahlen und Daten in verschiedensten Lebensbereichen seit längerem unter dem Begriff der „Soziologie der Quantifikation“ diskutiert. Hier geht es darum, welche

Akteur\*innen und Institutionen unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Interessen Daten produzieren, wie diese kommuniziert werden und wie Statistiken und Klassifikationen auf das Verständnis der sozialen Welt einwirken.

## Die „Produktion“ von Daten

Zahlen gelten gemeinhin als objektiv. Demgegenüber weisen Soziolog\*innen darauf hin, dass Statistiken nicht von allein entstehen, sondern von Menschen hergestellt werden. Hinter den Zahlen stehen etliche Entscheidungen, die von Wissenschaftler\*innen, statistischen Ämtern oder Behörden getroffen werden. So basiert zum Beispiel die täglich gemeldete Zahl der Corona-Toten auf einem Beschluss des Robert-Koch-Instituts, bei den Todesfallstatistiken sowohl diejenigen einzurechnen, bei denen Covid-19 ursächlich für den Tod war – die also „an“ Covid-19 gestorben sind – also auch „Personen mit Vorerkrankungen, die mit SARS-CoV-2 infiziert waren und bei denen sich nicht abschließend nachweisen lässt,

was die Todesursache war“ (RKI 2020) und die damit „mit“ Covid-19 gestorben sind. Auf den darunterliegenden Ebenen sind es die lokalen Gesundheitsämter, die entscheiden, welche Fälle sie als Corona-Tote ans RKI übermitteln, und die Ärzt\*innen vor Ort, die die Ursache(n) im Totenschein eintragen. So ergibt sich aus institutionellen und individuellen Entscheidungen eine Zahl, der als offizielle Meldung des RKI der Status eines objektiven Fakts verliehen wird.

Dass diese Zahl auf einer „statistischen Kette“ (Desrosières/Thévenot 2002, S. 35) beruht, an der verschiedene Akteur\*innen auf unterschiedlichen Ebenen beteiligt sind, impliziert keinesfalls, dass das Ergebnis per se verzerrt oder unglaubwürdig ist – der Blick auf den Produktionsprozess von Daten kann jedoch helfen, die Möglichkeiten und Grenzen zahlenmäßiger Repräsentationen sozialer Prozesse besser einzuschätzen. Einerseits kann eine derartige Perspektive davor bewahren, einer einzigen Zahl und ihren tagesaktuellen Schwankungen zu viel Gewicht

## Dr. Alice Barth

### Was haben sie studiert?

Bachelor-Studium „European Studies“ (Schwerpunkte English Studies, Soziologie) an der Universität Passau, Master „Gesellschaften, Globalisierung und Entwicklung“ an der Universität Bonn.

### Ihr Dissertationsthema?

„Antwortqualitäten - Zur Vergleichbarkeit von Einstellungsmessungen in standardisierten Befragungen“

### Ihre Forschungsschwerpunkte?

Multivariate Analysemodelle (multiple Korrespondenzanalyse, Analyse latenter Klassen, Faktor- und Hauptkomponentenanalyse etc.), Stabilität, Wandel und Vergleichbarkeit von Einstellungsmessungen, relationale soziologische Theorien (Bourdieu, Elias, Simmel), Ernährungs- und Lebensstile, Qualität von Daten

### Ihr Lieblingsort in Bonn?

Kottenforst

### Das Beste am Online Semester?

Die Umfrage-Funktion bei Zoom und dass ich als Dozentin auch mal Jogginghosen tragen kann 😊



beizumessen.

Andererseits dürfte jemand, die\*der sich mit den komplexen Entstehungsprozessen von Daten befasst, auch davor gefeit sein, von einer staatlichen Institution kommunizierte Zahlen grundsätzlich als reine Erfindung beziehungsweise Machtinstrument einer bestimmten politischen Agenda abzutun.

Während den unmittelbar mit der Produktion von Daten befassten Statistiker\*innen und Wissenschaftler\*innen in der

Regel sehr wohl bewusst ist, mit welchen Unsicherheiten ihre Zahlen behaftet sind, werden diese Kontextinformationen in der politischen und medialen Kommunikation häufig nicht mittransportiert. Im Gegenteil, Kennzahlen sind in der Regel umso wirkmächtiger, je mehr sie als objektive Fakten erscheinen und der ihnen unterliegende Entstehungsprozess ausgeblendet wird.

### Zahlen sind wirkmächtig

Die Macht einer einzelnen Zahl

können wir derzeit unmittelbar erleben: überschreiten die Inzidenzwerte in einem Landkreis bestimmte Grenzen, so ändert sich nicht nur dessen Farbe in den allgegenwärtigen Überblickskarten, sondern es gibt auch direkte Auswirkungen auf die Lebensrealität aller, etwa in Form von Einschränkungen des Bewegungsradius. Auch wenn den Verantwortlichen durchaus bewusst sein mag, dass es etwa für die Belastung des Gesundheitssystems kaum einen Unterschied macht, ob nun 190 oder 205 Neuinfektionen pro Woche

vorliegen, verlangen die Mechanismen politischer Entscheidungen einen eindeutigen Grenzwert. Zudem scheint – trotz aller berechtigten Einwände – ein Indikator wie die 7-Tage-Inzidenz doch besser vermittelbar als Globalmaßnahmen auf der einen und Individualstrategien jeder Kommune auf der anderen Seite.

Aus der Perspektive einer Soziologie der Quantifizierung stellt der pandemiebedingte Fokus auf Zahlen, Statistiken und Daten somit weder Fortschritt („endlich evidenzbasierte Politik“) noch Bedrohung („wir werden von abstrakten Zahlen fremdgesteuert“) dar, sondern vor allem ein unmittelbar greifbares Beispiel für Entwicklungen, die in anderen Kontexten seit langem wissenschaftlich diskutiert werden.

Verwiesen sei zum Beispiel auf Alain Desrosière-

Robert-Koch-Institut (RKI) 2020: <https://www.rki.de/SharedDocs/FAQ/NCOV2019/gesamt.html>, abgerufen am 28.12.2020

Desrosières, Alain, and Laurent Thévenot. 2002. *Les catégories socioprofessionnelles*, 5th ed. Paris: La Découverte.

res' Buch „Die Politik der großen Zahlen“ (2005) oder Philip Lepenies' Studie „Die Macht der einen Zahl“ zum Bruttoinlandsprodukt (2013). So bietet die aktuelle Krise auch eine Chance für die Sozialwissenschaften, fundierte Beiträge zum aktuellen Diskurs zu leisten und einen reflektierten Umgang mit der Entstehungs-, Kommunikations- und Wirkungsweisen von Zahlen und Daten zu befördern.

# Du bist die Fachschaft!



Du hast eine Frage, aber weißt nicht, an wen Du Dich wenden kannst?  
Du hast Kummer und Sorgen?

## Dann wende Dich an uns!

Wir helfen Dir weiter oder wissen von wem Du die nötigen Antworten bekommen kannst.  
Komm in unsere Sprechstunde, ruf an oder schreib uns eine E-Mail.

**Dienstags und Donnerstags** (Semester),

**12-13 Uhr, Büro Lennéstr. 27**

Per E-Mail: [sprechstunde@fs-sozpol.de](mailto:sprechstunde@fs-sozpol.de)

**Mittwochs** (in der vorlesungsfreien Zeit)

**13-14 Uhr, Büro Lennéstr. 27**

Telefon (während der Sprechstundenzeiten): **0228 73 76 77**

Oder möchtest Du vielleicht selbst aktiv werden und mit interessanten Menschen etwas bewegen? Komm in unsere Sitzung und bring Deine Ideen ein.

**Mittwochs** (im Semester), **20 Uhr c.t.**, Gr. Übungsraum Lennéstr. 27/auf Zoom  
(Link auf Anfrage)

## Kontakt zu euren Komiliton\*innen:

Wir haben für euch eine Facebook Gruppe, in denen ihr eure Komiliton\*innen treffen und wichtige Infos erhalten könnt. Außerdem gibt es hier auch Links für passende WhatsApp Gruppen.

Facebook: <https://www.facebook.com/groups/700835050501661/>

und folgt uns gerne auf Instagram: [@fssozpol](https://www.instagram.com/fssozpol)

# Wird das digitale Studium zur Norm werden?

Vor- und Nachteile des online Studierens und warum die Präsenzlehre nicht mit der digitalen Lehre gleichzusetzen ist

Von **Carlotta Laumann**

Das zweite Onlinesemester neigt sich nun langsam dem Ende zu und aus dem eigentlichen Ausnahmezustand ist Normalität geworden. Begriffe wie Breakout-Session oder Open-Book Klausur haben sich automatisch in unserem Wortschatz etabliert und Spieleabende oder Weihnachtsfeiern finden virtuell statt, um ein kleines bisschen studentische Normalität miteinander zu erleben. Viele Erstsemester\*innen haben die Uni noch nicht von innen gesehen, noch keine Fachschaftsparty miterlebt oder haben noch nie richtig in Bonn gewohnt.

## Wie sich Studieren verändert

Im öffentlichen Diskurs wird der fehlende präsenz Universitätsbetrieb wenig bis gar nicht diskutiert, sodass der Eindruck entsteht, die digitale Lehre sei zur Selbstverständlichkeit geworden. Dass es während der Pandemie keine andere Option zur digitalen Lehre gibt, ist klar und ein Ende der ausschließlich digitalen Lehre ist nur schwer festzulegen. Gerade aus diesem

Grund stellt sich die Frage, wie nachhaltig sich das Studium auf lange Sicht durch das Onlinestudium verändern wird. Schließlich bringt die digitale Lehre auch viele Vorteile mit sich. Die Vorlesung um acht Uhr morgens lässt sich auch gut im Bett schauen und jede\*r kann als gesichtslose\*r, stumme\*r Zuschauer\*in der Sitzung beiwohnen.

Außerdem ist niemand mehr ortsgebunden. Digital studieren geht überall da, wo es eine stabile Internetverbindung gibt und falls es irgendwann wieder uneingeschränkt möglich sein sollte, wird es kein Problem

sein, eine Weltreise zu machen und dabei zu studieren. Auch die Pendelei zwischen Wohnort und Universität fällt aus, was jede Menge Zeit einspart.

## Digitales Studieren und Chancengleichheit

Aber es gibt auch viele negative Folgen des digitalen Studierens, die im öffentlichen Raum kaum Gehör finden. Der Studienalltag hat sich von Vorlesungssälen und Seminarräumen an den Schreibtisch und in virtuelle Räume verlagert und studieren ohne Laptop oder Computer ist in Zeiten des digitalen Studie-

rens nicht nur unvorstellbar geworden, sondern gar nicht mehr möglich. Auch ohne die Pandemie ist der Laptop schon lange fester Bestandteil besonders des Selbststudiums, aber dadurch, dass auch die Lerninhalte digital vermittelt werden, werden automatisch Studierende bevorzugt, die sich eine technische Grundausstattung und einen leistungsstarken WLAN-Router leisten können.

## Der soziale Faktor

Auch bleibt die soziale Interaktion aus. Jede\*r kann still aus der Vorlesung verschwinden, denn vor dem Bildschirm gelten andere Regeln als im Seminarraum oder Hörsaal.

Schwer wiegt natürlich auch der Wegfall des Miteinanders außerhalb des Unigebäudes. Bislang ist noch unklar, inwieweit sich das fehlende soziale Umfeld im Alltag und der steigende Stress auf Dauer, auf die Psyche von Studierenden auswirken werden.

Auch aus Sicht der Bildungsministerien ist es nicht unwichtig sich mit den Vor- und Nachteilen der digitalen Lehre zu beschäftigen. Die digitale Lehre ist nämlich günstiger als die Präsenzlehre. Es werden beispielsweise weniger Lehrende und keine zusätzlichen Räume benötigt. Das



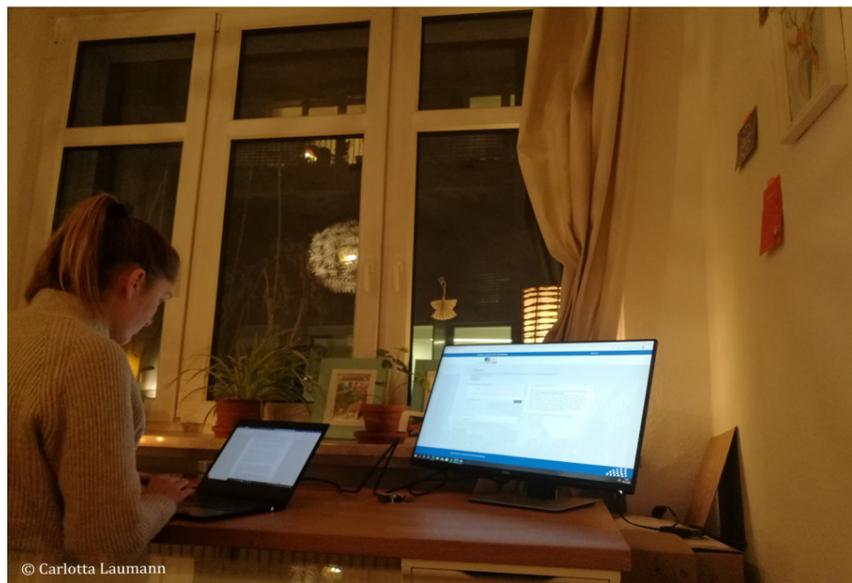
könnte zu einem Verlust oder zu Einschränkungen der Unterstützung von herkömmlichen Präsenzformaten durch die Bildungsministerien führen, wenn der Eindruck entsteht, die digitale Lehre könne die Präsenzlehre ersetzen. Diese Sorge gaben viele Dozierende im vergangenen Sommer in einem offenen Brief kund.

## Die Zukunft des Studierens

Sehr wahrscheinlich werden uns die digitalen Lehrformate noch eine Weile begleiten. Selbst wenn die Pandemie im Jahr 2021 effektiv eingedämmt werden kann, wird es noch einige Zeit dauern, bis Veranstaltungen in gewohnter Form wieder stattfinden können. Gerade aus diesem Grund sollte das Thema der digitalen Lehre mit all ihren Vor- und Nachteilen, Teil einer gro-

ßen öffentlichen Debatte sein, damit die digitale Lehre nicht als selbstverständlich und als attraktive Alternative wahrgenommen wird und die Präsenzlehre dadurch an Bedeutung verliert.

Inwieweit sich das Studium verändert, inwiefern die Erfahrungen mit der digitalen Lehre sich nachhaltig etablieren werden und ob die Pandemie ein neues Zeitalter an den Universitäten angestoßen hat, wird sich in den kommenden Monaten und Jahren zeigen.



# 18.12.2020

## Der Internationale Tag der Migration

Von **Donika Aliu & Emily Krüger**

Am 18. Dezember ist der Internationale Tag der Migration. Migration ist ein weltweit verbreitetes Phänomen. 2015 lebten etwa 244 Millionen Menschen außerhalb ihres Herkunftslandes. Die beliebtesten Ziele sind Europa (31,2%) und die USA (20%).

Fluchtursachen sind meist Umweltkatastrophen, Hunger, Krieg, politische oder wirtschaftliche Gründe. Trotz dieser negativen

Ursachen hat Migration sowohl für die Herkunftsländer als auch für die Zielländer Vorteile: Migrant\*innen übernehmen häufig Arbeit, die von Einheimischen verschmäht wird und stellen dadurch eine Komplementierung zur Arbeit der regionalen Bevölkerung dar.

Dadurch tragen migrantische Arbeitskräfte entscheidend zur Steigerung der Wirtschaftskraft der Zielländer bei und stellen einen unerlässlichen Teil dieser dar. Andernfalls müssten geringfügig entlohnte Jobs häufig out-sourced werden. Im Gegenzug wurden im Jahr 2005 etwa 167 Milliarden US-Dollar Lohngeld in Heimatländer geschickt.

Obwohl viele Länder also auf die Arbeitskraft von Migrant\*innen angewiesen sind, betonte der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan, dass die Erfolge bei der Integration zurückgehen: Eingewanderte und Wanderarbeiter\*innen sind zunehmend

**Am 18.12.1990 verabschiedete die UN die "Internationale Konvention zum Schutz der Rechte von Wanderarbeitern und ihren Familien"**



Genau 10 Jahre später wurde der 18. Dezember als "Internationaler Tag der Migration" deklariert

Opfer von Menschenrechtsverletzungen, Diskriminierung, Xenophobie und Ausbeutung durch Schieberbanden und Arbeitgeber\*innen.

Vor diesem Hintergrund riefen die Vereinten Nationen im Jahr 2000 den 18. Dezember als Internationalen Tag der Migration aus. Das Datum ist an den 18. Dezember 1990 angelehnt, an dem die Konvention zum Schutz der Rechte aller Migrant\*innen

und deren Familien verabschiedet wurde. Wichtige Schlüsselpunkte, wie beispielsweise der positive Beitrag von Migration zur Entwicklung in den Herkunfts- und Zielländern, die Achtung der Grundrechte und -freiheiten aller Migrant\*innen sowie die Bedeutung der Stärkung der internationalen Zusammenarbeit wurden 2006 in einem Dialog von über 130 Mitgliedstaaten bekräftigt. Als lesenswert empfiehlt sich hierzu die Seite [www.iamamigrant.org/stories](http://www.iamamigrant.org/stories). Hier können Migrant\*innen ihre ganz individuellen Erfahrungen teilen.

Auch hier in Bonn haben ca. 28% aller Einwohner\*innen einen Migrationshintergrund: das sind etwa 97.000 Bonner\*innen. Die meisten von ihnen kommen aus der Türkei, aus Syrien oder Polen. Insgesamt gibt es jedoch über 180 verschiedene Herkunftsländer! Die größten Hürden bei der Integration sind vor allem der Zugang zu Arbeits- und Wohnungsmarkt und zum Gesundheitssystem sowie strukturelle Diskriminierung. Als zentrale Ansprechpartnerin der Stadt Bonn ist die Stabsstelle Integration für das hiesige Integrationskonzept

zuständig. Dafür kooperiert sie mit zahlreichen Organisationen und Verbänden und leitet verschiedene Integrationsprojekte.

Eines dieser Projekte sind die [Bildungspatenschaften Bonn \(BiBo\)](#), die in Kooperation mit dem Weitblick e.V. organisiert werden. Im Rahmen dieses Projekts begleiten Studierende der Universität Bonn Kinder mit Migrationshintergrund für mindestens ein Jahr. Sie hören zu, spielen, geben Ratschläge und unterstützen die Kinder in vielen Lebenslagen. Vielleicht ist eine solche Projektarbeit auch etwas für dich?

**18.12.2020**

**Heute ist der Internationale Tag der Migration**

Das sind **153 Millionen mehr** Menschen im Vergleich zu **1990!**

- **Der größte Teil (20%) der 244 Mio. lebte in den USA**
- **5% lebten jeweils in Deutschland und Russland**
- **Insgesamt 31,2 % befinden sich in Europa**

Obwohl Migration in den Gastländern oft als Belastung abgestempelt wird, ist sie wichtig für Wirtschaft und Sozialsystem

- **Migrant\*innen übernehmen oft Arbeit, die von Einheimischen verschmäht wird**
- **Statistiken zeigen, dass die OECD Staaten vom Können der Wanderarbeiter\*innen profitieren**
- **aufgrund des demographischen Wandels wird (und muss!) die Zahl weiter steigen**

Zu den möglichen Folgen der zunehmenden Migration zählen zwar:

- **geringeres Lohnniveau**
- **höhere Arbeitslosigkeit unter den "low-skilled workern"**

Aber dennoch gilt allgemein:

- **Migrant\*innen konkurrieren nicht um sondern komplementieren die Arbeit der Einheimischen**

- **Es ergeben sich Vorteile für beide beteiligten Länder**

**IMPORTANT!**

# Aufruf zum Stillstand im Stillstand

## Das Virus und der Krieg

**“Silence the guns, stop the artillery, end the airstrikes. [...] End the sickness of war and fight the disease that is ravaging our world.”**

Mit diesem Aufruf wandte sich António Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen, am 23.03.20 an alle Konfliktparteien der Welt. Kampfhandlungen sollen bis zur Eindämmung der Corona-Pandemie zum Stillstand kommen. Mit weltweit bereits über 1.800 Todesfällen und über 40.000 bestätigten Infektionen Ende März sollte es keine zusätzlichen Belastungen geben. Guterres spricht von einer Nachricht an alle G-20-Staaten, davon, sich mit den verschiedenen Parteien auszusprechen und Druck aufzubauen. Es soll ein Verlauf der Pandemie verhindert werden, der “absolutely devastating” wäre. Der Stillstand des Krieges, um die Krise abzuschwächen. Doch wie oder überhaupt wurde das umgesetzt?

### Krise und Konflikt im Jemen

Bereits Anfang April scheint sich im Jemen ein erster Erfolg abzuzeichnen. In dem seit 2015 andauernden Bürgerkrieg im

Jemen, kämpfen unter anderem die vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen gegen eine von Saudi-Arabien unterstützte Koalition. Ein brutaler Stellver-



treterkonflikt. Als Reaktion auf Guterres Aufforderung, erklärt diese Koalition einseitig einen Waffenstillstand ab dem 9. April. Die WHO gibt an, dass im Jemen über 80 Prozent der Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen ist. Über 2064 Covid-19 Fälle sind bekannt, die Dunkelziffer ist laut Schätzungen deutlich höher (Stand Oktober 2020, WHO). Seit Beginn des Krieges sind 163 Attacken auf Krankenhäuser und andere medizinische Einrichtungen dokumentiert. Das Auswärtige Amt sieht wegen eben diese Missachtungen des humanitären Völkerrechts

Von **Ruben Schotte**

durch die Konfliktparteien, eine dringend benötigte Grundversorgung als nur schwer möglich an. Luftangriffe fordern viele, vor allem zivile Opfer. Laut dem “Yemen Data Project” sind von diesen 8.700 zu beklagen.

Inmitten dieser Konfliktsituation wird der einseitige Waffenstillstand nach Beginn von den Huthi-Rebellen als “a political and media maneuver” bezeichnet. Beide Seiten werfen sich gegenseitig Verstöße vor. Obwohl es Ende April seitens der Koalition eine Verlängerung gab, scheint es keinen Frieden zu geben. Laut dem Oktober-Statusbericht der WHO ist der Konflikt weiterhin aktiv. Die Forderungen Guterres im Angesicht der Pandemie scheinen hier nicht auf fruchtbaren Boden zu fallen.

### Eine eigene Resolution des UN-Sicherheitsrats und Instabilität in Westafrika

Drei Monate nach dem Aufruf Guterres folgte Anfang Juli schließlich nach längerer Uneinigkeit eine eigene Resolution des UN-Sicherheitsrates. Diese schließt sich seinen Forderungen an. Gleichzeitig wird darauf

hin gewiesen, dass bereits erzielte Erfolge der Friedensarbeit durch die Pandemie bedroht seien. Die Instandhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit wird ebenfalls als gefährdet angesehen.

Eine gefährliche Tendenz in die Richtung kann man auf dem afrikanischen Kontinent beobachten. Nach der territorialen Niederlage des IS im Nahen Osten ist hier laut dem Sicherheitsexperten Geebio Gargard auf [thedefensepost.com](http://thedefensepost.com), eine neue Festigung der vom UN-Sicherheitsrat sogenannten “Islamic State West Africa Province (IS-WAP)” denkbar.

2015 bekannten sich unter anderem Boko Haram zum IS. Nach inneren Konflikten 2016 bestehen ISWAP und Boko Haram jedoch wieder als eigene Gruppen. Das macht sie aber 2020 nicht weniger aktiv. Von den im Nordosten Nigerias jüngst entführten 800 Schüler\* werden noch 333 vermisst. Boko-Haram bekannte sich erst später zum Angriff. Durch die ohnehin schon hohen ökonomischen Belastungen könnten laut Gargard Mittel, die zuvor zur Extremismus-Prävention gedacht waren, nun auf die Stabilisierung der eigenen Wirtschaft umgeleitet werden. Über seine Aussagen hinaus sind bleibende Schäden an psychischer Gesundheit durch Lockdown-

Maßnahmen und nicht zuletzt den Einflüssen des Klimawandels ein Problem.

### Libyen und der Frieden

Erneut wandte sich Guterres am 23.10 zum 75. Gründungsjubiläum der UN in einer Videoansprache an die Weltöffentlichkeit. Wieder wurde die Wichtigkeit von Frieden unterstrichen. Am selben Tag wurde in Libyen ein Waffenstillstand zwischen der



UN-anerkannten Regierung und den Truppen General Khalifa Haftars vereinbart. Ausländische Kräfte hatten 90 Tage Zeit, um das Land zu verlassen. Im Vorfeld der Verhandlungen hatte sich die UN-Abgesandte und Chefin der UN-Unterstützungsmission Stephanie Williams auf die Aussage Guterres am 23.03. gestützt und ihre Zuversichtlichkeit für einen Erfolg bekundet.

Vor dem Hintergrund der bedeutenden Einmischung verschiedener Staaten auf beiden Seiten des Konflikts, sind auch im November 2020 immer noch Forderungen seitens

der UN nach dem kompletten Rückzug von Truppen aus den bekämpften Gebieten zu hören.

**“We face globale challenges. With global solidarity and cooperation, we can overcome them. [...] Let us build on our advancements across the decades. Let us realize our shared vision of a better world for all.”** Guterres Worte und die Arbeit der UN sind aktuell wie noch nie.

Die Pandemie bedeutet weltweit einen noch nie da gewesenen Einschnitt in öffentliches Leben und soziale Strukturen. In dieser bedingt vergleichbaren weltgeschichtlichen Situation ist vor allem, wie von Guterres genannt, Sicherheit und Frieden in Konfliktgebieten sehr wichtig. In Westeuropa und anderen Ländern des globalen Nordens dominiert aktuell vor allem der Stillstand zur Eindämmung des Virus. Dieser steht aber im Konflikt oft nicht zur Verfügung. Die Krise bleibt also eine traurige Konstante im stetigen, leider gewaltvollen Wandel.



# Corona vs. Spanische Grippe

## Politik in Zeiten von Pandemien

Von **Antonia Knop**

Eine neue Krankheit, die sich rasend schnell auf der ganzen Welt verbreitet. Millionen Tote und politische Fehleinschätzungen. Die tödlichste Pandemie des letzten Jahrhunderts, die Spanische Grippe, wird häufig mit Corona verglichen. Anlass genug für eine genaue Betrachtung der Reaktionen von Politiker\*innen damals und heute, sowie den politischen Folgen der Spanischen Grippe.

### „Kein Grund zur Beunruhigung“

Zu Beginn beider Pandemien erkennt man Ähnlichkeiten im Umgang mit der neuen Krankheit. Politiker\*innen verharmlosten und vertuschten oder schätzten die Lage schlichtweg falsch ein. Als in Deutschland im Juli 1918 die ersten Berichte über Infizierte und Tote der neuen

Grippe auftauchten, waren die wenigsten darüber besorgt. „Es liegt durchaus kein Grund zur Beunruhigung vor“, resümierte Karl Hampe, ein Heidelberger Geschichtswissenschaftler, in seinem Tagebuch. Auch als sich abzeichnete, dass die Spanische Grippe durchaus gefährlich und tödlich war, wollten die deutschen Politiker\*innen die Bevölkerung nicht verunsichern. Das Kaiserreich hielt zahlreiche Informationen zurück, um seine eigene Macht, die durch den jahrelangen Krieg und gesellschaftliche Umwälzungen nicht mehr gesichert schien, zu erhalten.

Ähnliche Beobachtungen lassen sich im Dezember und Januar 2019/20 in China machen. Nachdem die chinesische Regierung zuerst Informationen verschleierte, Medien zensurierte und zweifelhaft Zahlen der Infizierten im Ausland bekannt gab, änderte die Politik allerdings ihre Strategie und hat mittlerweile die Pandemie durch rigorose Schutzmaßnahmen weitestgehend im Griff. Der Erfolg der chinesischen Regierung hängt auch vom

wirtschaftlichen Aufschwung des Landes ab. Allerdings kam es auch in Deutschland zu massiven Fehleinschätzungen seitens der Politik. So organisierte Gesundheitsminister Jens Spahn noch Anfang des letzten Jahres den Transport von Schutzmasken ins Ausland.

### Abwägung der wirtschaftlichen und politischen Folgen

Nach anfänglichen Schwierigkeiten in der Organisation setzte aber auch die deutsche Politik auf Schutzmaßnahmen, Schließungen von öffentlichen Einrichtungen, Gesundheitsnotstand und Kontaktbeschränkungen. Letztlich schöpft die Politik bis zum jetzigen Zeitpunkt ihre Kompetenzen aus, um die Pandemie unter Kontrolle zu halten, auch wenn diese Maßnahmen massive wirtschaftliche Folgen haben. Diese werden hierbei mit denen von zeitweiligen Schutzmaßnahmen abgewogen.

Anders sah es während der Spanischen Grippe aus. Das deutsche Kaiserreich hatte 1918 mit vermeintlichen größeren Sorgen als einer Pandemie zu kämpfen.

Da sich eine militärische Niederlage an der Westfront abzeichnete, sollte eine weitere Verunsicherung der Bevölkerung und eine Gefährdung der Wirtschaft verhindert werden. An dieser Position hielt die Politik sogar noch im Oktober 1918, auf dem Höhepunkt der tödlicheren zweiten Welle der Spanischen Grippe, fest. Es kam während der gesamten Pandemie zu keinen landesweiten Schließungen von Theatern oder Kinos. Es blieb bei lokalen Maßnahmen. Letztlich einigte man sich Ende Oktober nur auf flächendeckende Schulschließungen. Diese Maßnahme war während der damaligen Pandemie in Deutschland aber nur möglich, weil viele der Krankenschwestern, die zur Pflege der Kranken benötigt wurde, kinderlose Nonnen waren und somit die Krankenpflege weiterhin gesichert war. Außerhalb Europas reagierte man jedoch weitaus radikaler auf die Pandemie. In den Großstädten wie San Francisco oder Kansas City wurden Massenveranstaltungen verboten und in der Öffentlichkeit das Tragen eines

Mundschutzes Pflicht. Durch den Siegermachtstatus der USA erschienen die Maßnahmen der Nachkriegsgesellschaft nicht zu drastisch, da diese nicht bereits mit der Allgegenwärtigkeit des Tods konfrontiert waren. Mittlerweile schätzt man, dass diese Entscheidungen der städtischen Regierungen die Todesrate etwa halbierten, indem sie die Übertragungsraten senkten.

### Fortschritte nach der Krise

Die Spanische Grippe brachte gravierende politische Umwälzungen mit sich. Letztlich entwickelten sich in vielen europäischen Ländern durch die Pandemie die ersten Gesundheitsministerien. Die finanziellen und personellen Kapazitäten zur Gesundheitsvorsorge wurden aufgestockt, in Deutschland wurde 1919 eine Meldepflicht für Grippeerkrankungen eingeführt. Die USA und Großbritannien bemühten sich in den folgenden Jahrzehnten, eine Grippe-Impfung zu entwickeln, welche in den 1940er Jahren auch erfolgreich war. Eine langfristige Folge der Pandemie war auch die Gründung der WHO, die 1947 zu verzeichnen ist. Letztlich starben an der Spanischen Grippe weltweit mehr Menschen als durch den Ersten Weltkrieg. Die Politik schenkte der Erforschung von Infektionen sowie der Gesundheitsvorsorge mehr



Beachtung, denn solch eine Tragödie sollte sich nicht wiederholen. Auch die Corona-Pandemie hat schon zu politischen Veränderungen geführt, beispielsweise durch die Einführung eines neuen Infektionsschutzgesetzes in Deutschland. Da die WHO auch vor zukünftigen Zoonosen, die sich potentiell zu Pandemien ausbreiten können, warnt, ist davon auszugehen, dass am Ende der jetzigen Pandemie Forderungen nach präventiven Maßnahmen und transparenten und einheitlichen Entscheidungsmechanismen laut werden.

In Zeiten von Pandemien wägt die Politik zwischen wirtschaftlichen und gesundheitlichen Risiken ab. Damals wie heute werden die Maßnahmen aus politischem Kalkül heraus entschieden. Dabei dürfen nie die gesellschaftlichen Probleme und Zustände außer Acht gelassen werden.



# Ohne Worte

mit Dr. Evelyn Moser

Von **Lilian Sekkai**



1. Sie haben an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz studiert, was ist Ihnen vom Studierendenleben dort am meisten im Gedächtnis geblieben?



2. Welches Buch sollte Ihrer Meinung nach jede\*r gelesen haben?



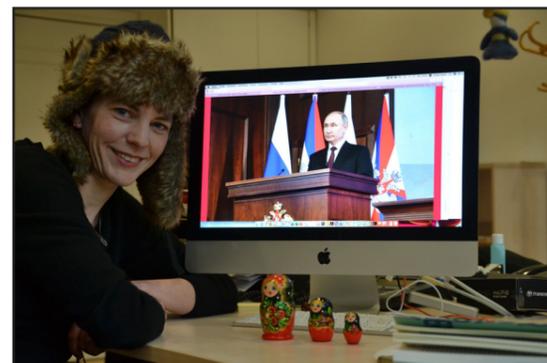
3. Was bereitet Ihnen am meisten Freude bei der Arbeit?



4. Was ist Ihr Lieblingsort in Bonn?



5. Was denken Sie über die aktuellen gesellschaftlichen Diskurse?



6. Sie hatten während Ihres Studiums einen Auslandsaufenthalt an der Staatlichen Universität Sankt Petersburg und am Moscow State Institute of International Relations (MGIMO), woran erinnern Sie sich am prägendsten, wenn Sie an die Zeit zurückdenken?



7. Ihr Gesichtsausdruck, wenn Sie an die Online-Lehre denken?



8. Wenn Sie nicht Dozentin und Forscherin wären, was wäre Ihr alternativer Berufswunsch?

# Schwarzes gegen grünes Gold

## Wenn die Regierung zum Feind wird

Von **Edith Peñafiel Brieschke**

Der Schutz der Umwelt ist ein umstrittenes Thema in der Politik vieler Entwicklungsländer, da die oftmals einzige Chance auf Weiterentwicklung auf der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen beruht. Dieser Artikel widmet sich dem Widerstand von Umweltaktivist\*innen, die sich gegen jede Einschüchterung von Seiten der ecuadorianischen Regierung und transnationaler Unternehmen versuchten durchzusetzen.

### Erdöl als profitables Gut

Im Jahr 1967 wurde im Amazonasgebiet der südamerikanischen Republik Ecuador Erdöl entdeckt. Es begann eine Zeit der Erdölförderung, ohne die der Wirtschaftsaufschwung und die Gewährung ausländischer Kredite nicht möglich gewesen wären. Die Förderung findet im östlichen Amazonasgebiet statt, wo das Erdöl mittels des Trans-Ecuadorianischen-Ölpipeline-Systems (SOTE) über die Anden hin zur Küste eine Strecke von rund 500 Kilometer zurücklegt. Täglich wurden 380.000 Barrel Öl in den Westen der Republik geliefert, um schließlich über den Pazifik exportiert zu wer-

den. Anfang der 2000er entschied sich die Regierung Ecuadors eine neue Ölleitung zu bauen, die eine ähnliche Route wie die SOTE-Pipeline nehmen sollte. Die Wahl für die Ausführung dieses Projektes lag zwischen zwei Bauunternehmen: der US-amerikanischen Firma Williams, bereits bekannt für die Konstruktion von SOTE und dem argentinischen Unternehmen Techint.

### Ein Tropfen auf dem heißen Stein

Das kleine Dorf Mindo liegt auf 1250 Metern, auf der Westseite der Anden, zweieinhalb Autostunden von der Hauptstadt Quito entfernt. Die Bewohner\*innen Mindos leben hauptsächlich vom Öko-Tourismus, der auf der hohen Biodiversität und der unmittelbaren Nähe zum Waldschutzgebiet Mindo-Nambillo beruht. Dieses Waldgebiet wurde 1988 von der Regierung auf Drängen der BewohnerInnen unter Schutz gestellt. Allein der Nebelwald in diesem Gebiet beherbergt über 3000 Orchideen- und um die 450 Vogelarten, nur 37 Spezies weniger als die in ganz Deutschland. Im Jahr 2000

fand der US-amerikanische, aber in Ecuador lebende Ornithologe Paul J. Greenfield, eine eingeschlagene Trasse auf seinem Privatgrundstück in der Nähe von Mindo. Es stellte sich heraus, dass die Firma Techint bereits illegal - ohne überhaupt einen offiziellen Vertrag unterschrieben zu haben - mit den Vorarbeiten für das Projekt auf mehreren Privatgrundstücken begonnen hatte.

Beide Baufirmen planten eine eigene Ölroute, wobei Techint die umweltfreundlichere Variante des Konkurrenten Williams als zu kostspielig erachtete. Stattdessen sollte die Trasse direkt durch das Waldschutzgebiet Mindo-Nambillo führen.

Darüber bestürzt gründeten die Bürger\*innen Mindos eine Gegeninitiative. Die Bonner Ornithologin Dr. Heike Brieschke und ihr ecuadorianischer Ehemann Pedro Peñafiel, Umweltschützer und Mitbegründer des Waldschutzgebietes, führten die Aktionen für eine möglichst umweltverträgliche Trasse an. Es bestand der Verdacht, dass keine objektive Ausschreibung der Pipelinebaupläne realisiert



### Grundstück der Aktivist\*innen an der Guarumos-Bergkette

wurde, denn Techint konnte die Vorbereitungsmaßnahmen der Trasse nicht ohne Zustimmung der Regierung durchgeführt haben. So entschied sich die Regierung schließlich auch offiziell für Techint und gab 2001 die Ölleitung für Schweröl (OCP) in Auftrag. Mittels der OCP-Pipeline konnte Ecuador die Ölexporte verdoppeln. Hauptinvestor für dieses Projekt war die WestLB, die größtenteils vom Land NRW gehalten wurde.

Die Aktivist\*innen entdeckten jedoch eine Klausel, die es der WestLB ermöglichte, bei nicht eingehaltenen Weltbank-Umweltstandards aus dem Deal auszutreten. Somit wurden Allianzen mit u.a. Urgewald e.V., einer Umwelt- und Menschenrechtsorganisation, und Politikern aus dem Landtag NRW geschlossen, von denen zwei Abgeordnete (Die Grünen und SPD) hierfür

nach Ecuador flogen. Außerdem wurde ein unabhängiger Gutachter kontrahiert, der in einem Gutachten feststellen sollte, ob die Umweltstandards überhaupt erfüllt werden. Sein Ergebnis fiel negativ aus, sodass für die WestLB ein Austritt möglich gewesen wäre.

Parallel wurde von den Aktivist\*innen ein 2430 Hektar großes Grundstück an der Guarumos-Bergkette gekauft, um den Bau der Trasse durch das Waldschutzgebiet Mindo-Nambillo zu verhindern. Bewohner\*innen Mindos und ausländische Protestant\*innen hielten sich 2002 mit Erlaubnis der BesitzerInnen auf diesem Grundstück auf, als diese eines Nachts illegal von Polizei, Militär und in Anwesenheit von Mitarbeitern von Techint festgenommen wurden, in Untersuchungshaft kamen oder des Landes verwiesen wurden.

Danach fing der illegale Bau der OCP dort an. Die Leiter der Protestkampagne begannen einen Prozess gegen OCP, der elf Jahre andauerte, aber sich wegen ungenügender finanzieller Mittel und korrupter Justiz als chancenlos entpuppte.

Dennoch waren die Bemühungen nicht umsonst, da Techint aufgrund der internationalen Medienbekanntheit und dem Druck der ecuadorianischen Bevölkerung dazu gezwungen war, die sieben kilometerlange Strecke, die durch das Waldschutzgebiet Mindo-Nambillo führte, umweltfreundlich zu erbauen. Die restlichen 500 Kilometer erhielten diesen Standard nicht.

### Rückblick

Die Anführer\*innen der damaligen Gegenkampagne blicken desillusioniert zurück. **„Der beste Kampf ist es, wenn es um eine gemeinsame Front geht, um die Integrität der Natur und die Wirtschaft des Landes zu verteidigen“**, äußert sich Pedro Peñafiel. Heike Brieschke wiederum beteuert: **„Für mich war es die anstrengendste, schwierigste Etappe in meinem Leben, weil uns angedroht wurde, dass unsere Kinder entführt werden, wenn wir weitermachen. Wir waren 100 Prozent im Recht und bekamen kein Recht.“**

# Operation Irini - Die EU und Geflüchtete im Mittelmeer

Aktuelle Entwicklungen der europäischen Abschottungspolitik an ihrer maritimen Außengrenze

Von **Moritz Lahusen**

Das Mittelmeer gilt laut des UN-Flüchtlingskommissariats als eine der gefährlichsten Fluchtrouten der Welt. Bei dem Versuch über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen kamen in den letzten sieben Jahren mehr als 20.000 Menschen ums Leben. Diese Zahl geht auf konservative Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und des UN-Flüchtlingskommissariats zurück.

Der Mangel an legalen Flucht- und Einwanderungswegen und die geographische Lage machen insbesondere das zentrale Mittelmeer zwischen Libyen, Tunesien, Malta und Italien zu einer der zentralen maritimen Flucht- und Migrationsrouten nach Europa. Zu zehntausenden versuchen jedes Jahr Geflüchtete und Migrant\*innen, die im Bürgerkriegsland Libyen stranden, von dort aus über diesen Weg Europa zu erreichen. Dabei werden Strecken von hunderten von Kilometern in überfüllten, hochseeuntauglichen Holz- und Gummibooten zurückgelegt.

## Die Frage nach Verantwortlichkeit

Wer verantwortlich für Seenotrettung ist, wird grundlegend durch das UN-Seerechtsübereinkommen (SRÜ) bestimmt. Jedem Staat ist eine eigene Such- und Rettungszone zugeordnet, in der dieser verpflichtet ist Seenotrettung bereitzustellen und zu koordinieren. Darüber hinaus muss ein Staat auch außerhalb der eigenen Zone aktiv werden, wenn von dort in seiner nationalen Koordinationsstelle für Seenotrettung ein SOS-Ruf eingeht und der eigentlich zuständige Staat keine Seenotrettungsaktion einleitet.

Bei der Bereitstellung von Seenotrettung kann ein Staat Seenotfälle an Handelsschiffe delegieren, wenn diese in der Nähe eines Schiffbruches sind. Ein Staat kann auch die Aufgabe der Seenotrettung permanent an private Organisationen übertragen. Laut der IOM, dem UN-Flüchtlingskommissariat, humanitären NGOs und Experten wie Eugenio

Cusumano erfordert besonders die enorm hohe Zahl der Seenotfälle im zentralen Mittelmeer eine dauerhafte und flächendeckende Präsenz von Schiffen die Seenotrettung bereitstellen können.

## Militärische Seenotrettungsoperationen der EU

Mit der Operation Sophia führte die EU von 2015 bis 2020 eine Marineoperation im zentralen Mittelmeer durch, deren Mandat explizit das Retten von Menschenleben, die Pflicht zur Seenotrettung und das Einhalten von völkerrechtlichen Prinzipien wie das Non-Refoulement-Prinzip und das Ausschiffen von aus Seenot Geretteten in sichere Häfen vorsieht. Diese wurde im Frühjahr 2020 eingestellt und durch Operation Irini ersetzt. Die bei Sophia erwähnten Verpflichtungen und Prinzipien, besonders diese zur Seenotrettung, kommen in dem Mandat von Operation Irini nicht vor. Stattdessen werden andere Aufgaben mit der Operation erfüllt.

Zum Beispiel das Durchsetzen eines Waffenembargos gegen Libyen, sowie Training und Ausbildung der libyschen Küstenwache. Darüber hinaus wurde das Mandat durch eine Vorbehaltsklausel ergänzt, in der die Einstellung der gesamten Operation dann vorgesehen ist, wenn festgestellt wird, dass sie einen Pull-Effekt auf Geflüchtete in Libyen erzeugt: ungeachtet dessen, dass ein vermeintlicher Zusammenhang zwischen Seenotrettungskapazitäten auf dem zentralen Mittelmeer und Überquerungsversuchen statistisch nicht hergestellt werden kann.

Aktuelle Studien kommen stattdessen zu dem Schluss, dass andere Faktoren wie Wind und Wetter, sowie die politische Stabilität auf dem libyschen Festland einen entscheidenden Einfluss auf die Zahl der versuchten Überquerungen haben. Der im Mandat der Operation proklamierte Unwille zur Bereitstellung von Seenotrettung spiegelt sich auch ganz konkret in der Praxis von Operation Irini wieder. Die wenigen eingesetzten Boote – zum Januar 2021 lediglich zwei Stück – operieren bewusst nicht an den Fluchtrouten. Ein



Umstand der unter anderem von den Bundestagsfraktionen der Grünen und Linken aber auch verschiedener im Mittelmeer aktiver NGOs kritisiert wird.

## Kooperationspartner Libyen – Eine fragwürdige Zusammenarbeit

Neben der stark limitierten Präsenz europäischer Schiffe im zentralen Mittelmeer ist die bereits erwähnte Kooperation und materielle Unterstützung der libyschen Küstenwache ein weiterer skandalöser Aspekt der Operation Irini. Fälle, in denen Angehörige der libyschen Küstenwache Geflüchtete und Migrant\*innen misshandelten, Flüchtlingsboote und zivile Seenotrettungsschiffe beschossen und mit gefährlichen Fahrmanövern gefährdeten, machen diese zu einem äußerst fragwürdigen Kooperationspartner. Darüber hinaus resultiert die Unterstützung der libyschen Küstenwache in der Rückführung von Geflüchteten und Migrant\*innen in libysches Staatsgebiet wo ihnen

willkürliche Inhaftierung in überfüllten Gefangenenlagern mit Zwangsarbeit, Unterernährung und Misshandlung droht. Aus diesem Grund stellte das Flüchtlingskommissariat der UN zuletzt im

Sommer 2020 fest, dass Libyen nicht als sicherer Hafen gelten kann und auf See gerettete Personen unter keinen Umständen dort ausgeschifft werden sollten.

Die europäische Kooperation mit libyschen Sicherheitskräften blieb davon bislang unberührt, in mehreren Fällen ließen EU-Staaten wie Malta sogar zu, dass in Seenot geratene Flüchtlingsboote aus der eigenen Such- und Rettungszone von libyschen Küstenwachtschiffen nach Libyen zurückgebracht wurden.

## Schikane und Abschreckung von ziviler Seenotrettung

Die europäische Untätigkeit im zentralen Mittelmeer gepaart mit der Unterstützung der libyschen Küstenwache wird flankiert mit der Schikane und Kriminalisierung ziviler Seenotrettungsorganisationen, deren Schiffe oft aus vermeintlich technischen Mängeln in europäischen Häfen festgehalten werden. Auch Handelsschiffe, die ihrer rechtlichen Pflicht auf Seenotrettung nachkommen, riskieren dabei Sanktionen durch EU-Mitgliedsstaaten. Im Spätsommer letztes Jahr mussten 27 aus Seenot gerettete Menschen über einen Monat lang auf dem Außendeck des Containerschiffes Maersk Etienne im zentralen Mittelmeer ausharren, da keiner der umliegenden Staaten dem Schiff die Einfahrt gewährte.

# Politische Ideologien raus aus Schulen und Universitäten

Kommentar zum Kampf um die Politisierung der Bildung in Polen

Von **Daria Vogelberg**

Es hat viele Vorteile, zu studieren beziehungsweise allgemein eine Hochschule egal welcher Art zu besuchen. Einer davon ist, dass wir so politisch oder unpolitisch sein können wie wir wollen, und uns von außen nicht reingeredet wird. Allein die zahlreichen politischen und kritischen Hochschulgruppen, die sich in der Vergangenheit an der Uni Bonn gegründet haben, zeigen wieder, wie viel Freiraum die Uni der politischen Bildung und Auseinandersetzung lässt. Viele sagen, das ist in einer Demokratie doch selbstverständlich.

Dass dem jedoch nicht so ist, hat erst vor wenigen Monaten Polens Bildungsminister bewiesen. Am 22. Oktober wurde Abtreibung in Polen faktisch komplett verboten, da einer von drei möglichen Gründen für eine Abtreibung vom Verfassungsgericht gestrichen wurde.

Bereits vor dieser Entscheidung hatte Polen eines der striktesten Abtreibungsgesetze in Europa, nun wurde es ein weiteres Mal verschärft. Allerdings nicht ohne

Gegenwehr, denn als Reaktion sah man in vielen polnischen Städten Menschenmassen durch die Straßen ziehen und für körperliche Selbstbestimmung und legale Abtreibungen demonstrieren. Mit Sprüchen wie „to jest wojna“ (das ist Krieg) oder dem gut bekannten „jebac PiS“ (fickt die PiS) und lauten Straßenblockaden waren die Demonstrationen lange Zeit ein großes Thema in den Nachrichten und sozialen Medien.

**Neuer Minister mit alten Ansichten**

Fast zur gleichen Zeit zu der die Proteste begannen, wurde der neue Bildungsminister vereidigt. Przemysław Czarnek, der das Amt am 19. Oktober antrat, ist 42 Jahre alt – aber mit Ansichten, die bereits 100 Jahre alt sind. Keine guten Voraussetzungen für einen Bildungsminister in einer Zeit, die sich rasant wandelt und immer mehr Wert auf Gleichberechtigung und Fortschritt legt. Frauen sind seiner Ansicht nach von Gott dafür bestimmt, Kinder zu bekommen, und Bildung

stehe dem im Weg. Universitäten, die Mitarbeiter\*innen oder Studierenden ermöglichten, an den Protesten gegen das Abtreibungsverbot teilzunehmen, drohte er sogar damit, die Fördermittel zu entziehen. Auch die Schulen gerieten in seinen Fokus, als er die Behörden anwies, zu überprüfen, welche Lehrer\*innen sich für die Proteste aussprachen.

Aber nicht nur in Bezug auf Frauenrechte hat Czarnek veraltete Ansichten, aufgrund derer er Schulen und Universitäten einschüchtert. Noch im Sommer sagte er der LGBTQ+ Community eine „neomarxistische Ideologie“ nach, vor der man Polen schützen müsse, und verglich sie sogar mit dem Nationalsozialismus. Zudem seien ihre Mitglieder „nicht gleichrangig mit normalen Menschen“. Auch Sexualkunde oder Aufklärungsunterricht im Allgemeinen hätten an Schulen nichts zu suchen. Dieser „Ideologisierung“ der Schüler\*innen möchte Czarnek entgegenwirken durch eine stärkere Kontrolle der Schulen.



Warschau im Sommer 2020

**Einmal rechts abbiegen, bitte**

Auch Justizminister Zbigniew Ziobro äußerte sich unterstützend und ist der Ansicht, ein stärkerer Fokus auf Erziehung und Bildung sei nötig, um den „Kampf um die polnische Seele“ zu retten. Wie Czarnek nun plant, dabei vorzugehen? Vor allem durch eine Überprüfung und notfalls auch Umschreibung von Unterrichtsinhalten und Lehrbüchern. Konkret bedeutet das für ihn, notfalls auch durch neue Gesetze diese Ziele zu erreichen. Denn laut ihm sei die Entwicklung der Geisteswissenschaften nicht nach Wunsch gelaufen, und auch an Universitäten müssen die Studierenden den Werten, mit denen sie erzogen wurden, treu bleiben. Junge Pol\*innen müssten lernen, worauf sie stolz sein können, die Lehrbücher sollten dafür falls nötig auch mit

polnisch-patriotischem Fokus umgeschrieben werden. Spätestens hier sollten alle Alarmglocken laut läuten, alle roten Warnflaggen wehen, alle Aufmerksamkeit geweckt sein.

Denn war Polen noch in den 80er Jahren von einer revolutionären Stimmung erfasst und hielt 1989 als erstes Land der damaligen Ostblock-Staaten freie Wahlen ab, die der Auslöser für weitere Proteste waren und schließlich den Fall der Mauer nach sich zogen, scheint sich die Zeit seitdem rückwärts gedreht zu haben. Erst 2004 trat Polen der EU bei, die europakritische Stimmung und politische Meinungsverschiedenheiten aber nahmen seitdem stetig zu. Spätestens seit den Wahlen 2015, die die PiS haushoch gewann und seitdem alleine regiert, nahm das Land einen weiteren Kurswech-

sel in die rechts-konservative Richtung.

**Die Zukunft entscheidet sich jetzt**

Ende der 1980er Jahre demonstrierten neben Gewerkschaften und Arbeiter\*innen vor allem Studierende für einen politischen Wandel, und auch heute sind es wieder zum Großteil die jungen Leute, die sich und die Demokratie im Land gefährdet sehen und dagegen ankämpfen. Mehrere Justizreformen, Propaganda in den Medien, Diskriminierung von Frauen, PoC, Queeren und nicht-christlichen Menschen geben auch allen Grund dafür. Die schamlose Ausnutzung der Macht, die die Regierung über die breite Bevölkerung hat, und der sie sich sehr bewusst ist, nimmt gefährliche Ausmaße an. Es hat nur wenige Tage gedauert, bis die Polizei bei den Protesten gegen das Abtreibungsverbot diesen Herbst handgreiflich und gewalttätig wurde, die Demonstrierenden einkesselte, grundlos festnahm und Tränengas benutzte. Polen steht gerade an einer wichtigen Weggabelung, und der Weg, auf den die Entscheidung fällt, wird einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung im kommenden Jahrzehnt haben. Noch ist nicht abzusehen, welcher es sein wird, aber hoffen wir, dass es nicht der falsche ist.

# Niemals Bürger [\*innen] von Calais

## Geflüchtete an der französischen Außengrenze

Von **Lilian Sekkai**

Polizeiliche Räumungen, Kälte, Schmutz und das Gefühl, niemals willkommen zu sein. In wenigen Worten lässt sich das Leben der Geflüchteten in der Region um die französischen Hafenstädte Calais und Dünkirchen beschreiben. Die Migrant\*innen hoffen darauf, die Europäische Union (EU) verlassen zu können und möchten von Calais über oder durch den Ärmelkanal nach Großbritannien fliehen. Häufig wurde das Asylverfahren der Menschen zuvor in einem europäischen Land abgelehnt. Viele sehen in der Überfahrt die Chance auf Arbeit und ein normales Leben, oder haben Verwandte und Bekannte in Großbritannien.

### Tödliche Überfahrten

Calais befindet sich an der engsten Stelle des Ärmelkanals. Nur 34 km trennen das französische Festland hier von Großbritannien. Die Grenzübergänge zwischen Frankreich und England werden kontrolliert, weshalb Großbritannien Gelder an Frankreich be-

zahlt, sodass ein hoher Grenz-zaun errichtet werden konnte und das Polizeiaufgebot massiv aufgestockt wurde.

Trotzdem treten viele Menschen den gefährlichen Weg mit dem Boot an. **„Es dauert drei Stunden, wenn du paddeln musst sind es 10 bis 11 Stunden“**, erzählt der aus dem Sudan geflüchtete Nazir dem ZDF. Seenotretter\*innen von SNSM Calais (Société Nationale de Sauvetage en Mer) sind besorgt und auch die studentische Aktivist\*in Sara Bahadori äußert: **„Erst im Oktober ist eine kurdische Familie mit 2 Kindern bei dem zweifelten Versuch, mit dem Schlauchboot den Ärmelkanal zu überqueren, ertrunken.“**

Menschen die ohne Einreiseerlaubnis auf dem Landweg nach Großbritannien einreisen möchten, versuchen sich auf, in oder unter LKWs zu verstecken, was nicht selten tödlich endet. Viele



Geflüchtete halten sich wochen- oder monatelang in Calais auf und versuchen jede Nacht den Ärmelkanal zu passieren. Was für europäische

Staatsbürger\*innen eine einfache Fahrt mit der Fähre oder durch den Tunnel ist, bedeutet für die Geflüchteten eine lebensbedrohliche Mission. Im Zuge des Aufkommens einer hohen Zahl an Geflüchteten im Jahr 2015 vergrößerten sich die provisorischen Zeltlager nahe der französischen Hafenstädte Calais und Dünkirchen. Bereits im Jahr 2002 war das Rote-Kreuz Camp der Stadt Sangate nahe Calais geschlossen worden, woraufhin sich mehrere Lager bildeten. Auf dem Gelände einer ehemaligen Mülldeponie lebten Angaben zufolge im August 2016 circa 9000 bis 10000 Geflüchtete. Ende Oktober 2016 wurde das Camp („Dschungel von Calais“) dann komplett geräumt und offiziell geschlossen.

**„...dass im Herzen der EU so was seit 5 Jahren passieren kann“** (Sara Bahadori)

Wenig später begannen sich erneut Personen in der Region zu sammeln. Die Menschen müssen dort in Industriezonen, am Rande von Calais, auf Brachland oder in bewaldeten Gebieten leben, denn es gibt kein Lager mehr. Vielfach wurde von den katast-

rophalen, nahezu unvorstellbaren Zuständen und den daraus abzuleitenden entsprechenden Krankheiten berichtet. **„Es gibt keinen menschenwürdigen Platz zum Leben, unabhängig von der Wetterlage, versuchen die meisten in Zelten zu überleben,“** sagt Bahadori, die in Calais vor Ort war. Mehrmals wöchentliche polizeiliche Räumungen, die Berichten zufolge oft von Gewalt wie dem Einsatz von CA-Gas und Schlagstöcken geprägt sind, gehören zum Alltag der Menschen. Mal werden diese einfach nur vertrieben, mal werden die Zelte aufgeschlitzt und zerstört. **„Nur wenige Minuten nach dem Abzug der Polizeibeamt\*innen beginnen die Bewohner\*innen damit, ihre Zelte wieder an ihrem ursprünglichen Standort aufzustellen und kehren bis zur nächsten Operation, zwei Tage später, an den Ort des Geschehens zurück,“** berichtet Bahadori.

Im Moment leben circa 1000 bis 1500 Menschen unter diesen Umständen im Norden Frankreichs. **„Dass im Norden Frankreichs, im Herzen Europas, die grundlegenden Menschenrechte verletzt werden ist unerträglich. Die französische, die britische und die europäische Regierung sind nicht an einer Lösung interessiert, sondern sind Teil des Prob-**

**lems, da sie die Situation der Geflüchteten trotz Corona weiter verschlimmern. Eine langfristige Lösung kann nur auf struktureller Ebene erfolgen“**, so Bahadori.

### Hilfsangebote

Da medial wenig über die Zustände berichtet wird, bieten Social Media Plattformen eine Möglichkeit mehr über die Situation zu erfahren. Nur verschiedene kleinere Hilfsorganisationen sind vor Ort. **„Die einzig verlässliche Unterstützung der Geflüchteten geschieht durch freiwillige Helfer\*innen, die sich in „Graswurzel“ Gruppen organisiert haben. Die großen NGOs und Hilfsorganisationen wie zum Beispiel das Rote Kreuz, Unicef oder der UNHCR sind nicht anzutreffen,“** sagt Bahadori. Da die französische Polizei die Zelte ständig räumt und hierbei häufig zerstört, ist die Nachfrage nach Zelten, Decken und Kleidung hoch. Besonders in den kalten Wintermonaten sind die Geflüchteten auf

die Spenden, zu denen über die Hilfsorganisationen aufgerufen wird, angewiesen.

Außerdem fehle es besonders an Hilfskräften, da viele Freiwillige aufgrund der Situation rund um Corona nicht in die Region kommen können. „Refugee Community Kitchen“ und „The WoodYard“ sind zwei Organisationen, die sich zum einen um die Versorgung der Geflüchteten durch warme Mahlzeiten kümmern und zum anderen Feuerholz bereitstellen, welches auch in den kalten Wintermonaten die einzige Wärmequelle der Menschen darstellt.

Das Aufgebot an ehrenamtlichen Organisationen zeigt ein hohes Engagement, das den auf Staatsversagen zurückzuführenden, menschenrechtswidrigen Vergehen und menschenunwürdigen Zuständen in und um Calais versucht entgegenzuwirken. Auch künftig werden die Geflüchteten auf die finanzielle, materielle und personelle Unterstützung der Hilfsorganisationen angewiesen sein.

### WEITERE INFORMATIONEN

Bei Fragen: [https://www.instagram.com/seebruecke\\_vulkaneifel/](https://www.instagram.com/seebruecke_vulkaneifel/)

Welche Spenden werden benötigt: [Help Refugees](#)

Warme Mahlzeiten: [Refugee Community Kitchen](#)

Feuerholz: [The WoodYard](#)

Menschenrechtsbeobachtung: [Refugee InfoBus](#)

Unterstützung und Therapie traumatisierter Kinder: [Project Play](#)

Ansonsten: [Care 4 Calais](#), [L'auberge de migrants](#), [Utopia 56](#)

# Ehrenamt in Krisenzeiten

Warum Studierende besonders helfen können

Im Laufe vergangenen Jahres standen wir immer wieder vor neuen Herausforderungen, Ängsten und Planungen. Wir mussten unsern Alltag teils massiv umstrukturieren und neugestalten und viele, erst unmöglich wirkende Probleme, galt es zu lösen.

In diesen Zeiten haben viele Gruppen, von Studierenden bis hin zu Unternehmer\*innen, ihrer Kreativität freien Lauf gelassen, um voran zu kommen, um weiter machen zu können und um zu helfen. Besonders die gesellschaftliche Hilfsbereitschaft war vom ersten Tag an beeindruckend. In fast jeder Stadt organisierten sich Nachbarschaftshilfen, um Menschen in Quarantäne und Isolation zu versorgen, sowohl als auch um Risikogruppen zu helfen. Es wurden Sorgentelefone eingerichtet und Online-shops aufgebaut. Während wir alle unterschiedliche Notlagen und Probleme erfahren mussten, fand sich ein großer Teil der Gesellschaft zusammen, um diese gemeinsam zu lösen.

In ein besonderes Licht rückten sich selbst die Studierenden. Da die meisten von ihnen eben ge-

nau nicht zur Gruppe der Risikopatient\*innen gehören, standen viele Türen offen, um zu helfen. In vielen ländlicheren Gegenden fielen zum Beispiel die Saisonarbeiter\*innen weg, da sie durch die Einreisebeschränkungen schlichtweg nicht ins Land einreisen konnten und durften. Auf der anderen Seite brauchten die Gesundheitsämter in der ganzen Republik helfende Hände, da sie für die Rückverfolgung von Kontaktpersonen bezüglich gemeldeter Covid-Fälle verantwortlich sind. Auch viele weitere Bereiche brauchten Hilfe und Unterstützung, denn zum Schutz von Risikogruppen fielen viele Menschen aus: Lehrer\*innen, Supermarktverkäufer\*innen und Ehrenamtler\*innen. Die Tätigkeitsfelder waren deshalb riesig, von Erntehelfer\*innen zu Mitarbeiter\*innen des Gesundheitsamts, Nachhilfelehrer\*innen zu Tafel-Unterstützer\*innen. In jeder Stadt gab es andere Bereiche der Krise und in jeder Stadt andere Studierende, die in eben diesen halfen.

## Neue und alte Anlaufstellen

Besonders bemerkenswert ist auch das Ehrenamt in diesen

Von **Anna Kühn**



Zeiten. Initiativen wie die neu gegründete „Corona-School“ schaffen es ungleiche Bildungschancen, die aufgrund der Krise deutlich verschärft werden, wenigstens zu kleinen Teilen aufzufangen. Sie vermitteln über eine völlig neue Internetplattform kostenlose 1:1 Nachhilfe für Schüler\*innen aus jedem Jahrgang. Diese kann dann individuell abgesprochen werden, so dass sie am Ende möglichst gut auf die Bedürfnisse der Schüler\*innen angepasst ist. Ein wenig klassischer, aber nicht weniger wichtig, ist auch die Tafel.

Andrea Kerkmann von der Bonner Tafel e.V. ist diese Entwicklung ebenfalls aufgefallen: „Seit

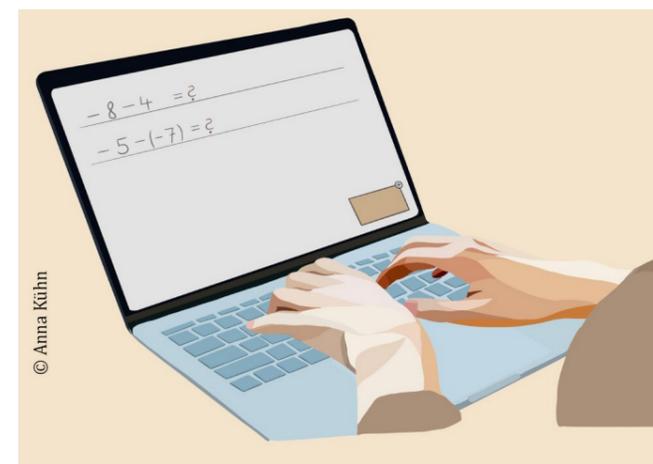
**Beginn der Krise haben sich viele Personen gemeldet, die uns bei unserer ehrenamtlichen Arbeit bei der Bonner Tafel e.V. unterstützen möchten. Darunter sind auch einige Studierende gewesen, die entweder zeitweise mitgeholfen haben oder auch heute noch mit dabei sind.“** Sie spricht von immerhin fünf neuen Studierenden, die sich zu Beginn dieser Krise gemeldet haben und bis zum heutigen Tag mit dabei sind. Da eigentlich die meisten Helfer\*innen Menschen sind, die bereits aus dem Berufsleben ausgeschieden sind, ist diese Zahl für die Tafel sehr wichtig, denn „da [die] ehrenamtlichen Mitarbeiter\*innen teilweise zur Risikogruppe gehören, freuen [sie sich] in Zeiten der Pandemie über die Unterstützung von Student\*innen und jungen Menschen.“ Auch bundesweit ist diese Entwicklung zu sehen, überall melden sich Studierende bei ihren lokalen Tafeln um zu helfen.

Klar ist, dass Ehrenamt immer gebraucht wird. Auch Frau Kerk-

mann betont, dass sie sich immer über Hilfe freut und deren Einsatzgebiete genauso flexibel sind wie die Zeiten beziehungsweise die Häufigkeit. Aber in diesen Zeiten sticht eben trotzdem in Zahlen hervor: Die Studierenden sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und nehmen sich dieser Wichtigkeit an.

## „Corona-School“ als Krisenhilfe oder bleibende Unterstützung?

Ähnliche Entwicklung sieht man bei der „Corona School“. Während mittlerweile über 11.000 Studierende ca. 13.000 Schülerinnen und Schüler unterstützen, denken die Gründer bereits weiter und „**wollen nun [ihren] Fokus mehr auf die „Soziale Mission“** setzen“. So soll in Zukunft der Fokus nicht mehr nur auf den durch Corona Benachteiligten liegen, stattdessen wollen sie „**vor allem die Schüler\*innen erreichen, die herkömmliche Nachhilfe aufgrund persönlicher, sozialer, kultureller oder finanzieller Ressourcen**



**nicht oder nur sehr schwer wahrnehmen können“.**

So bleiben in diesen Zeiten zwei Seiten, denn wäh-

rend die Gesellschaft sich spaltet und soziale Ungleichheit laut der Hans Böckler Stiftung, in der Krise rasant wächst, bringt die Mithilfe uns wieder zusammen. So konnte die Erntesaison weitgehend bewältigt werden, die Corona-Kontaktverfolgung lange sichergestellt werden.

## Wachsende Ungleichheit - wachsende Hilfe

Gleichzeitig haben die Tafeln, die größtenteils zu Beginn der Pandemie schließen mussten, langsam Wege gefunden weiterarbeiten zu können. So werden immer noch überall und zu jeder Zeit helfende Hände benötigt, aber grundlegende Strukturen können wieder realisiert werden, denn täglich sind mehr Menschen in Deutschland auf diese angewiesen.

Auch die Entwicklung der „Corona-School“ zeigt die immer größer werdende Bildungschancenungleichheit. Ganz ab von Corona, ist diese besorgniserregend. Aber auch hier bleibt die Hoffnung, dass Projekte wie dieses möglichst lange und möglichst effizient Menschen nicht nur zum Lernen verbinden, sondern auch gesellschaftlichen Ausgleich möglich machen.

# „Es musste wohl erst soweit kommen, dass...“ – dass was?

Ein kritischer Blick auf das Narrativ der „Krise als Motor der europäischen Integration“

Von **Christopher Prinz M.A.**

Es mag mit Sicherheit nicht das einzige sein und doch ist es ein besonders prominentes geflügeltes Wort, das jede\*r Politikwissenschaftsstudierende spätestens am Ende des Studiums auswendig kennt und/oder nicht mehr hören kann: Die berühmte Wendung von der „Krise als Motor der europäischen Integration“. Das damit verbundene Narrativ ist schnell auf den Punkt gebracht: „Europa“ (EU, EG, EWG, etc. pp.) gerät in eine „Krise“ – welcher Art ist, *cum grano salis*, im Grunde egal. Dann passiert eine (manchmal größere) Weile lang nichts, da die Mitgliedstaaten etwa durch akute Problembearbeitung auf nationaler Ebene gebunden sind und/oder divergierende Interessen zwischen deren Regierungen eine „europäische Lösung“ blockieren. Und dann kommt es schließlich zu einem weiteren Integrationsritt – gerne auch: „mehr Europa“ –, von dem man sich erhofft, dass eine solche Krise entweder erst gar nicht

mehr zustande kommt oder man für den Fall, dass dies doch vor- kommt, effektivere Handlungsoptionen zur Verfügung hat. So weit, so gut.

Setzt man einmal voraus, dass dieses „mehr Europa“ prinzipiell etwas Erstrebenswertes ist und blendet dabei die Frage aus, von *welchem* „Mehr“, *welchem* „Europa“ hier die Rede ist, vermag es dieses Narrativ – zugegeben – offenkundig ganz gut, uns, wenn es denn wieder einmal „kriselt“, nicht allzu schnell in Unruhe zu versetzen, indem es im Grunde subtil die Erwartung weiterer Schritte hin zu einer *ever closer union* (Art. 1 EUV) bei steigender Häufigkeit von Krisen evoziert. Verdeckt wird dabei jedoch mehr oder weniger geschickt, dass für eine Vielzahl von Krisen der jüngeren Zeit erst recht nicht während derselben und auf europäischer Ebene weder Institutionen etabliert oder *polices* implementiert wurden, die im Stande wären, diese Krisen zu

bewältigen und künftig zu verhindern.

Denken wir etwa an die Eurokrise: „[T]he ECB is ready to do whatever it takes to preserve the euro. And believe me, it will be enough.“<sup>1</sup> Es ist inzwischen weitgehend unbestritten, dass es vor allem die mit dieser berühmt gewordenen Sentenz Mario Draghis verbundene Entscheidung der EZB war, unbegrenzt Anleihen der Euro-Staaten auf dem sog. Sekundärmarkt aufzukaufen, die zu einer ersten tatsächlichen Beruhigung der Krise führte – und nicht die eilig ins Werk gesetzten sog. „Euro-Rettungsschirme“, die über den sog. „Krisenstaaten“ aufgespannt wurden. Diese waren zudem alles andere als ein „Mehr“ an europäischer Integration: Denn weitgehend wurden gerade diese „Euro-Krisen-Entscheidungen zwischen den Regierungen der Mitgliedsstaaten und außerhalb der bestehenden EU-Verträge getroffen – mit dem vielfach kritisierten Effekt, dass

europäische Gemeinschaftsorgane (...) geschwächt wurden und die kleinen EU-Länder nichts mehr zu sagen hatten.“<sup>2</sup> Aber auch der Anleihenkauf durch die EZB kann eingedenk der damit verbundenen „Risiken und Nebenwirkungen“<sup>3</sup>, nur eine mittelfristige Lösung sein. Fast zehn Jahre später wird man mit Blick auf die „Eurokrise“ feststellen müssen: Trotz aller Vorteile, die der Euro für seine Mitgliedstaaten zweifelsohne nach wie vor mit sich bringt<sup>4</sup>, hat er die an ihn gerichtete „Erwartung, die divergenten Euroländer finanziell und ökonomisch besser zu integrieren, nicht erfüllt.“<sup>5</sup> Stattdessen hat er gerade in den sog. „Krisenstaaten“ mitunter sogar Probleme *mit(!)* verursacht, die sie ohne die Gemeinschaftswährung womöglich gar nicht erst haben würden und mithin letztlich „die nördlichen und südlichen Euroländer nicht in eine, immer engere Union“ geführt, sondern (...) entzweit.“<sup>6</sup>

Die Krise – in diesem Fall also gar ein *Desintegrationsmotor*?

Auch mit Blick auf eine weite-

re Krise jüngster Zeit, die sog. „Flüchtlingskrise“ seit 2015, er gibt sich – das kleine Wörtchen „seit“ verrät es bereits – ein ähnlich trübes Bild: Dass nur noch vergleichsweise selten von einer „Flüchtlings“-*Krise* die Rede ist, liegt bekanntermaßen keineswegs darin begründet, dass auf die Ereignisse in Ceuta und Melilla, auf Lampedusa und im Budapester Ostbahnhof etwa eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems oder ein umfassendes europäisches Regelwerk zum Umgang mit geflüchteten Menschen insgesamt folgte. Eher dürfte es wohl der Minimalkonsens der Mitgliedstaaten auf diesem Politikfeld sein, die Tore Europas geschlossen zu halten, der das ganz offenkundig verfolgte Ziel, „die Zahl der Flüchtlinge spürbar [zu] reduzieren“<sup>7</sup>, zumindest *mittelfristig* erfüllt – und nicht allein vor dem Hintergrund des Selbstverständnisses der EU als Wertegemeinschaft, die zumindest für sich in Anspruch nimmt, auf „d[er] Achtung der Menschenwürde“ und „d[er] Wahrung der Menschenrechte“ (Art. 2 EUV)

zu fußen, mehr als nur umstritten ist. Dass sich nicht nur die direkten Folgen dieser Krisen, sondern auch die ihrer Lösungsversuche auf dramatische Weise überlappen können, lässt sich nun in einer weiteren Krise, der COVID-19-Pandemie, beobachten: Den Menschen in den nach wie vor heillos überfüllten Geflüchtetenunterkünften auf Lesbos dürften Aufrufe zum *Social Distancing* bestenfalls zynisch vorkommen – ebenso wie, in Ermangelung fließenden Wassers, die Aufforderung, sich regelmäßig die Hände zu waschen.

Und womöglich nicht völlig zu Unrecht werden nun auch die „Sparprogramme“ für den öffentlichen Sektor, die den Euro-„Krisenstaaten“ seinerzeit als Teil der Euro-„Rettungspolitik“ auferlegt wurden, etwa mit der vergleichsweise raschen Überlastung des italienischen Gesundheitssystems zu Beginn der Pandemie in Zusammenhang gebracht.<sup>8</sup> Und am Anfang der Corona-Krise standen jedenfalls zunächst Exportstopps für dringend benötigte Schutz- ausrüs-

2 Ulrike Guérot (2016): Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie, Bonn, S. 35.

3 Zu diesen „Risiken und Nebenwirkungen“ vgl. etwa Juergen B. Donges (2018): Die unkonventionelle Geldpolitik der EZB. Überzogene Erwartungen, problematische Nebenwirkungen, Paderborn (= Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften – Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften: Vorträge, Bd. 45).

4 Vgl. Joseph Huber (2018): Der Euro. Grundlagen, Krise, Aussichten, Wiesbaden, S. 27f.

5 Ebd., S. 27.

6 Ebd.

7 Angela Merkel (2015): Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Karlsruher Erklärung zu Terror und Sicherheit, Flucht und Integration“, in: CDU Deutschlands (Hrsg.): Protokoll des 28. Parteitages der CDU Deutschlands, 14.-15.12.2015 in Karlsruhe, Berlin, S. 24-44, S. 30.

8 Vgl. Alexis Passadakis (2020): Austerität ist tödlich, 18.03.2020, in: <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/austeritaet-ist-toedlich>, abgerufen am 28.12.2020.

## Christopher Prinz M.A.

### Was haben sie studiert?

B.A. Politik und Gesellschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (2013-16), M.A. Politikwissenschaft ebenda (2016-19)

### Ihre Forschungsschwerpunkte?

Wahlverhaltens- und Wahlkampfforschung, insbesondere Wahlkampagnen und Wahlkampfstrategien sowie Politische Kommunikation allgemein und Politische Kultur des Westens, insbesondere soziokulturelle und -ökonomische Ursachen politischer Polarisierung sowie „vorpolitische“ Grundlagen liberaler Demokratien

### Ihr Lieblingsort in Bonn?

Das „Kiezigste“, was Bonn zu bieten hat: die Altstadt!

### Das Beste am Online Semester?

Dass der Weg vom Arbeitsplatz im Institut zum „Lehrplatz“ im Seminarraum deutlich entspannter war.



tung von EU-Mitgliedstaaten für das EU-Ausland statt „europäischer Solidarität“.

Vor dem Hintergrund der Frage also, ob sich – nachdem eine Weltwirtschafts- und Finanzkrise, eine daraus erwachsene Banken-, eine Euro- sowie eine „Flüchtlings“-Krise dazu ja ganz offenkundig nicht im Stande waren – denn nun die Corona-Krise als möglicher Motor der europäischen Integration entpuppen könnte, dürfte das Augenmerk jedoch insbesondere

auf die sog. „Corona-Hilfen“ zu richten sein: Diese sind nicht nur in ihrer schieren Dimension „in der EU-Geschichte beispiellos“<sup>9</sup>, sondern – und dies gilt es in besonderer Weise hervorzuheben – sollen durch eine erstmalige (explizite) gemeinsame Schuldenaufnahme sowie neue Eigenmittel der EU (vulgo: „EU-Steuern“) (re-)finanziert werden<sup>10</sup>, was einer „integrationspolitischen Zäsur gleich[kommt]“<sup>11</sup>. Dennoch: Allein, dass im politischen Diskurs von „Corona-Bonds“ die Rede ist, suggeriert,

dass es sich bei der gemeinschaftlichen Schuldenaufnahme nur um ein temporäres Phänomen handeln könnte und/oder sollte.<sup>12</sup> Vor diesem Hintergrund wies die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot bereits im März 2020 in einem Interview darauf hin, dass es für die Frage, ob von der Corona-Krise und der gemeinsamen Bewältigung ihrer ökonomischen Folgen eine neue Integrationsdynamik für die EU ausgehen könnte, entscheidend sei, ob es gelänge, die Möglichkeit der gemeinschaftlichen

9 Peter Becker / Kai-Olaf Lang / Barbara Lippert / Paweł Tokarski (2020): Die Pandemie und die EU: Integrationsimpuls mit ungewisser Wirkung, in: Barbara Lippert / Stefan Mair / Volker Perthes (Hrsg.): Internationale Politik unter Pandemie-Bedingungen. Tendenzen und Perspektiven für 2021, Berlin (= SWP-Studie 26), S. 55-58, S. 55.

10 Vgl. ebd.

11 Ebd.

12 Vgl. Ulrike Guérot zit. nach: Susanne Lenz (2020): Ulrike Guérot: Europa hat in der Krise noch nie funktioniert, 27.03.2020, in: <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/ulrike-guerot-europa-hat-in-der-krise-noch-nie-funktioniert-li.79713>, abgerufen am 29.12.2020.

Schuldenaufnahme über die Zeit der Pandemie und ihrer sozio-ökonomischen Folgen hinaus zu verstetigen und letztlich auch zu verrechtlichen – oder „alles sofort wieder weg [sei]“<sup>13</sup>, wenn die Zeit nach der Krise angebrochen sei.<sup>14</sup> Und hinzuzufügen wäre sicherlich: Wäre dies überhaupt von einer Mehrheit der Unionsbürger\*innen bzw. einer Mehrheit der EU-Parlamentarier\*innen gewollt und unter den Staats- und Regierungschefs\*innen konsensfähig? Beide Fragen sind jedenfalls gegenwärtig noch offen – und dürften keineswegs allein, aber doch wesentlich von der Wirkung dieser Hilfen auf die ökonomische Gesundung der EU abhängig sein: Denn „erweisen sich die[se] (...) als Strohhalm oder verpuffen wirkungslos, ist kaum damit zu rechnen, dass sich neue politische Dynamiken hin zu mehr Integration entfalten werden. Im Gegenteil, wenn die angestoßenen Maßnahmen nicht zielorientiert und nachhaltig genutzt werden, könnte die Enttäuschung in den europäi-

13 Vgl. ebd.

14 Ebd.

15 Becker et al. (2020), S. 57.

16 Guérot (2016), S. 28.

17 Ebd.

18 Volker Kronenberg (2020): Quo vadis Europa? Zur Ausbalancierung des Verhältnisses von Mitgliedstaaten und Europäischer Union, in: Arnd Uhle (Hrsg.): Quo vadis Europa? Gegenwarts- und Zukunftsfragen der europäischen Einigung, Berlin (= Wissenschaftliche Abhandlungen und Reden zur Philosophie, Politik und Geistesgeschichte, Bd. 101), S. 212-237, S. 235.

19 Ebd.

schen Gesellschaften dazu führen, dass die Europäische Union grundsätzlich in Frage gestellt wird.“<sup>15</sup>

Aber selbst, wenn in der Bewältigung dieser Krise nun tatsächlich ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer *ever closer union* liegen sollte, wird aller Voraussicht nach auch einer „integrierteren“ EU ein gewichtiges Defizit zu Eigen sein: sich dem Gros ihrer Bürger\*innen nicht nur als „[e]in absurdes institutionelles System“<sup>16</sup> zu präsentieren, „das (...) in jedem EU-Lehrbuch sui generis (...) genannt wurde, um diesen Tatbestand geschickt zu verschleiern“<sup>17</sup>, sondern auch genau das zu sein – und im Dickicht von *Multi-Level-Governance* und Trilog-Verhandlungen mithin wohl auch auf zukünftige Krisen nur im Modus einer „Stotterbremse“ (oder eben gar nicht!) reagieren zu können. Und gleichwohl an dieser Stelle keineswegs geringgeschätzt werden sollte, dass es wohl auch „[g]erade die in [der] vertraglichen Verfassung [der EU, C.P.] als ein

Gebilde sui generis verbürgte, gegenseitige Anerkennung und Achtung aller Mitgliedstaaten und ihrer unterschiedlichen Interessenlagen [war], die mit der Geschichte der Gewaltsamkeit auf diesem Kontinent brechen und den *pax Europae* bis zum heutigen Tage ermöglicht hat“<sup>18</sup>, vergegenwärtigen wir uns aber auch: „Gerade (...), da Geschichte (...) ‚gemacht‘ [ist] und täglich aufs Neue entsteht, sollten wir uns nicht damit zufriedengeben, den Status Quo lediglich zu verwalten. Notwendig ist vielmehr eine Debatte über die Identität und Zukunft Europas“<sup>19</sup> – und das am besten vor der nächsten Krise.

# Könnte es hier einen Zusammenhang geben?

Wie Verschwörungsmythen zu antisemitischer Radikalisierung beitragen können

Als Michael Jackson starb, hieß es, sein Tod sei vorgetäuscht gewesen. Das gleiche war zuvor auch bei Elvis Tod passiert. Dieser soll auf seinen Heimatplaneten zurückgekehrt sein. Ob es die gefälschte Mondlandung oder die Doppelgängerin von Avril Lavigne ist, jede\*r kennt diese Geschichten und hat schon den ein oder anderen Witz darüber gemacht.

Verschwörungstheorien gibt es wie Sand am Meer und das schon immer. Spätestens seit dem Ausbruch der Covid-19 Pandemie, sind diese wieder deutlich ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerutscht und zu mindestens gefühlt, in der sogenannten Mitte der Gesellschaft angekommen. Ob es weitergeleitete WhatsApp Nachrichten waren, in denen Knoblauch als ein Heilmittel für die Viruserkrankung angepriesen wurde oder YouTube Videos und Telegram Gruppen, in welchen vor Mikrochips und geheimen Gesellschaften um Bill Gates, welche für das Virus verantwortlich seien, gewarnt wurden, jede\*r hatte Berührungspunkte damit.

Während ersteres vielleicht einfach zu stärker gewürztem Essen führte, ist der Glaube an Strippenzieher\*innen, welche die Weltherrschaft an sich reißen wollen, einer, der seit Jahrhunderten existiert.

## Antisemitismus in Verschwörungsmythen

Bereits im Mittelalter wurden zahlreiche Katastrophen, Untaten und Unglücke einer bestimmten Gruppe zugeordnet. Die jüdischen Menschen galten als Verantwortliche für Pestepidemien und wurden aufgrund dieser Anschuldigungen getötet. Der Antisemitismus dient als Motiv der Anklagen gegen eine Elite welcher Betrug und Intrigen vorgeworfen werden. Zeitgeschichte Chefredakteur Frank Werner schreibt, das Virus aus dem Waffenlabor, sei der vergiftete Brunnen des 21. Jahrhunderts.

Schon immer haben Medien eine große Rolle gespielt. Verschwörungsmythen funktionieren am besten, wenn sie möglichst vielen Menschen zugespielt werden

Von **Judith Lea Reuber**

können. Immer wieder wurden die Protokolle der Weisen von Zion, welche die geheime jüdische Weltverschwörung beweisen sollen, als Fälschung entlarvt. Trotzdem fanden sie immer wieder Anhänger\*innen, welche sie verbreiteten. Für Hitler schien der Beweis für die Echtheit dieser Verschwörung aber genau in der Tatsache zu liegen, dass diese Entlarvung in herkömmlichen Zeitungen veröffentlicht wurde.

## Vernetzte Konspiration

Durch das Internet haben Menschen von überall die Möglichkeit sich miteinander zu vernetzen und mit bekannten Social Media Plattformen, die Orte um dies zu tun. Initiativen wie Querdenken oder Widerstand 2020, welche zu Beginn der Pandemie gegründet wurden, zählen mittlerweile etliche Anhänger\*innen.

Auf verschiedenen Demonstrationen gegen die von den Demonstrant\*innen zu strikt angesehenen Corona-Maßnahmen der Länder- und Bundesregierung, tummelten sich nicht nur Men-

schen, welche der Schulmedizin kritisch gegenüberstehen, wie manche Heilpraktiker\*innen oder Impfgegner\*innen, sondern auch Menschen mit Verbindungen in die Reichbürger\*innenszene oder zu rechten Parteien. Viele Teilnehmer\*innen sehen diese Demonstrationen aber zum Beispiel auch als Anknüpfung an die 68er-Bewegung.

Der Soziologe und Politikwissenschaftler Sebastian Koos sagt über die Bewegung, sie habe keinen gemeinsamen programmatischen Gründungsprozess erfahren, sondern würde sich über einzelne Aspekte, wie die Ablehnung von Mund-Nasen-Bedeckungen als Gruppe definieren. Die Querdenken-Initiative ist rasant gewachsen und extrem gut vernetzt. Eine Vielzahl an Videos auf YouTube liefert den Querdenker\*innen zahlreiche Argumente. Der Historiker Sven Reichardt sagte der FAZ, es würde meist lediglich nach Informationen gesucht werden, welche zu den Vorstellungen der Demonstrant\*innen passen würden.

## Radikalisierung und Extremismus

Als während einer Demonstration im August 2020 mehrere Menschen versuchten die Absperrung des Reichstagsgebäudes zu überwinden, erreichten die Anti-Corona-Demonstratio-

nen den Höhepunkt ihrer medialen Aufmerksamkeit. Schon vorher waren immer wieder Verbindungen in die rechte Szene deutlich geworden und nationalistische Symboliken wie Reichskriegsflaggen öffentlich zur Schau gestellt worden.

Das zunehmende Teilen von Verschwörungsmythen mit antisemitischem Hintergrund und rechtsextremen Symbolen hat dazu geführt, dass die Querdenken Initiative mittlerweile in Teilen vom Verfassungsschutz beobachtet wird.



In den USA stürmten Anfang 2021 bewaffnete Anhänger\*innen des scheidenden US-Präsidenten Donald Trump das Kapitol, in welchem zu diesem Zeitpunkt die formelle Bestätigung seiner Wahlniederlage stattfinden sollte. Darunter unter anderem auch die „Proud Boys“, eine rechtsextreme Gruppe. Schon während der Auszählungen betonte Trump, er habe in Wirklichkeit die Wahl gewon-

nen. Dafür gibt es keine Belege. Er forderte seine Wähler\*innen immer wieder auf gegen das Wahlergebnis zu demonstrieren. Nach der „Stürmung des Kapitols“ teilte er ihnen per Twitter mit, er würde sie lieben.

Die Vorsitzende der Linken, Katja Kipping stellte danach fest: „**Wir sollten nicht so tun, als wäre das bei uns nicht möglich**“, und bringt das Geschehen so in einen direkten Zusammenhang mit dem in Berlin im vergangenen Sommer.

Diese Ereignisse zeigen eine Radikalisierung, getragen durch einen Verschwörungsmythos. Natürlich teilen nicht alle selbsternannten Querdenker\*innen das gleiche antisemitische oder rechtsextreme Gedankengut, aber alle tragen durch das Teilen von Inhalten und Veranstaltungen zu dieser Radikalisierung bei. Verschwörungsmythen werden durch Menschen am Leben erhalten. Sie entstehen durch konspiratives Denken und können der Gesellschaft gefährlich werden. Das Handbuch über Verschwörungsmythen von Lewandowsky gibt an, dass eine gesunde Skepsis notwendig sei, um wahre Verschwörungen wie manipulierte Abgastests zu entlarven. Ein genereller Verdacht gegen bestimmte Gruppen und das Einholen sogenannter alternativer Fakten führe nur zu Spaltung.

# In Ungarn unter Orban inmitten einer Pandemie

Ein Interview vom 13.12.2020

Laura (23) studiert an der Universität Bonn Politische Wissenschaft und Soziologie. Sie hat gerade ihr fünftes Semester an der Corvinus-Universität in Budapest beendet, wo sie seit August ihr Erasmus Jahr verbringt.

**Lilian: Kannst du dich noch an die ersten Wochen in Budapest erinnern? Wann war das und wie erinnerst du dich daran? Wie hast du dich gefühlt? Wie waren deine Eindrücke?**

*Laura:* Ich bin Mitte/Ende August in Budapest angekommen und meine ersten Eindrücke waren sehr schön. Es war Sommer, die Stadt war noch voll, alles war voller Tourist\*innen, es gab kaum Corona-Auflagen und die Stimmung war ganz gut. Zu diesem Zeitpunkt hat es sich dort angefühlt, als gäbe es gar kein Corona. Man sollte Masken tragen in den Geschäften, aber sonst gab es nicht unbedingt Einschränkungen.

**Lilian: Welche Corona-Maßnahmen gab und gibt es in Budapest? Kannst du diese vielleicht genauer beschreiben,**

**auch die Veränderungen seitdem du dort bist?**

*Laura:* Also im August war alles offen. Da waren die Clubs offen, die Bars offen und es wurde auch nicht immer 'ne Maske getragen in den Supermärkten. Ich weiß nicht ob es Pflicht war, jedenfalls haben sich viele Leute nicht dran gehalten erst. Aber da ich aus Deutschland kam habe ich auf jeden Fall eine Maske getragen.

Aber in Ungarn sind die Cases so in die Höhe gestiegen, dass dann nach und nach alles mehr zu gemacht hat. Am Anfang haben die Clubs zu gemacht, das war so im September oder Oktober. Am 11. November glaube ich gab's dann den Lockdown und seitdem haben alle Restaurants zu gemacht, alle Cafés. Man muss eine Maske tragen überall im Budapester Stadtgebiet und auch draußen. Es gibt 'nen curfew (eine Sperrstunde) von 20 Uhr bis 5 Uhr.

Jetzt darf man glaube ich so 10 Leute treffen, aber es ist generell etwas schwierig die neuen Regelungen mitzubekommen. Die passieren immer so plötzlich

Von **Lilian Sekkai**

und die ungarischen Nachrichten verstehe ich auch nicht. Es gibt dann natürlich einige englische. Häufig macht Orban dann ne Facebook Ansprache und die ist auf ungarisch und dann muss man erstmal warten bis irgendjemand die übersetzt.

**Lilian: Du hast Online- Uni, wie konntest du Menschen kennenlernen?**

*Laura:* Das ESN (Erasmus Student Network) hier vor Ort hatte ein paar Veranstaltungen gemacht, auch alles Corona Konform, erst waren die online, dann in Präsenz und dann wieder online und da hab' ich dann ein paar Leute kennengelernt. Aber jetzt gerade lernt man keine Leute mehr kennen. Ich habe hier zum Glück eine Freundesgruppe, allerdings verlassen da grad einige Budapest.

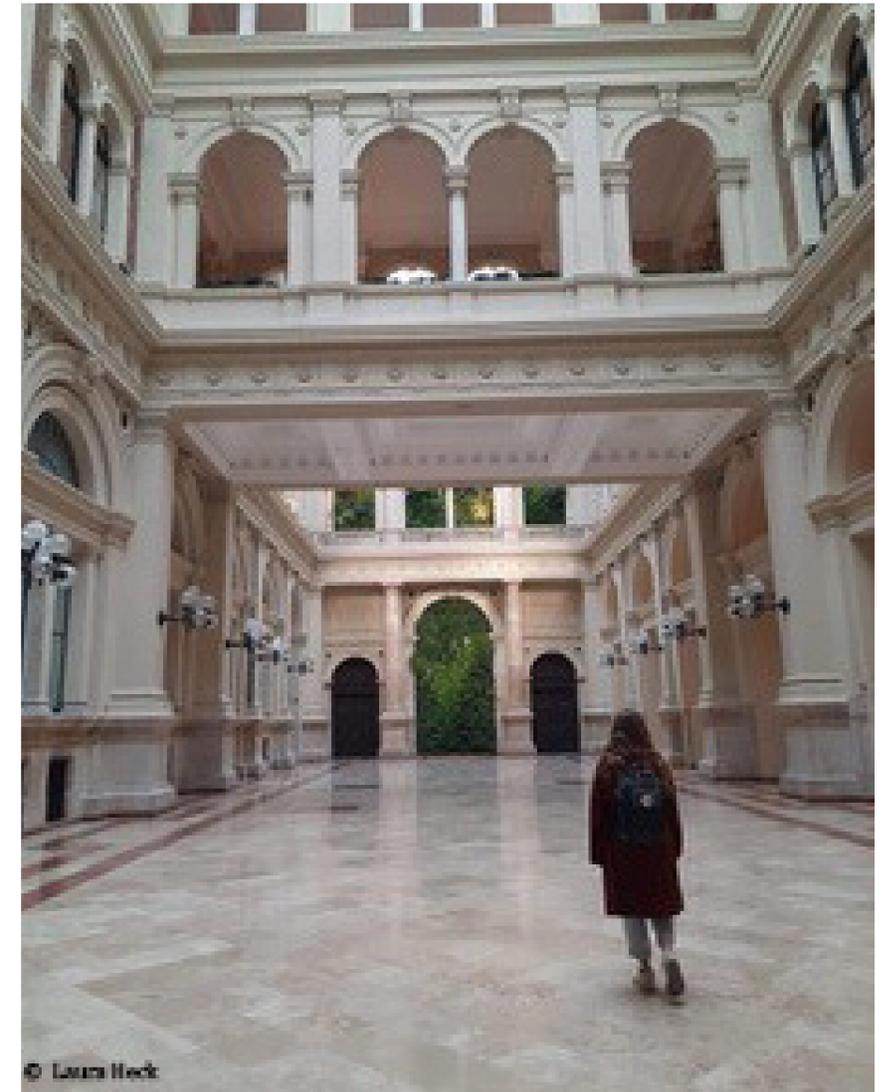
**Lilian: War es denn einfach Leute kennenzulernen oder würdest du sagen es war schwieriger?**

*Laura:* Ich würde sagen schwieriger als sonst, weil man natür-

lich auch ein wenig Abstand halten musste und mehr aufpassen musste als sonst. Man konnte zum Beispiel nicht einfach random Leute einladen. Also schon schwieriger glaube ich als in nicht Corona Zeiten und ich denke auch man trifft weniger Leute, aber dafür macht man dann mehr mit einem Freundeskreis oder den gleichen drei/vier Leuten.

**Lilian: Wie ist die Lehre Online in Budapest?**

*Laura:* Also ich würde sagen Online-Lehre ist immer etwas chaotisch, man hat auch immer ein wenig das Gefühl, dass man etwas verpasst und ich finde man kann sich nicht so schnell motivieren, wie wenn man in einem Klassenraum sitzt aber sonst ist es eigentlich relativ ähnlich. Nur hier in Budapest gibt es auch Anwesenheitspflicht und ich musste auch jede Woche Tests schreiben oder benotete Hausaufgaben abgeben. Also es ist schon mehr im Semester das man machen muss, dass dann auch zu Benotung mit dazu zählt wie zum Beispiel auch Midterms. Schon mehrere notengebende Sachen. Die Meisten an der Corvinus-Uni nehmen glaube ich Microsoft Teams und wir haben auch Moodle und Neptun. Also bei Moodle wird alles hochgeladen, manchmal werden auch die Vorlesungen aufgezeichnet



Corvinus Universität Budapest

und auf Moodle gestellt und mit Teams ist es eigentlich so wie mit Zoom.

**Lilian: Müsst ihr die Kamera einschalten, da ihr Anwesenheitspflicht habt?**

*Laura:* Nee also am Anfang wollten die das, aber dann hat das niemand mehr gemacht. Also nee, eigentlich hat nie jemand die Kamera an. Manchmal werden wir per Namen aufgerufen und müssen kurz sagen. „Yes I'm here“.

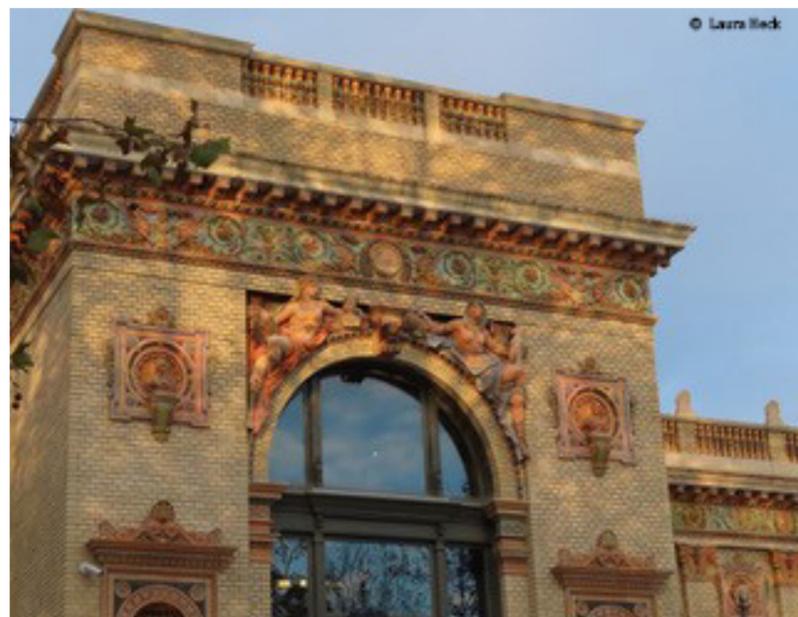
**Lilian: Was unternehmen du und deine Freund\*innen außerhalb der Uni? Konntet ihr Dinge unternehmen während Corona und wenn ja was?**

*Laura:* Ja also am Anfang war ja alles noch auf, dann sind wir oft essen gegangen und auch Budapest erkunden und ein bisschen außerhalb von Budapest. Meistens sind wir aber in Budapest und wir haben einen Kunstclub gegründet und das machen wir dann manchmal. Aber meistens sind wir die Stadt erkunden. Bu-

dapest hat viele Sehenswürdigkeiten und ist auch echt schön. Man kann an der Donau entlang Laufen oder wir gehen Ping Pong spielen im Park seit dem Lockdown.

**Lilian: Was hat Budapest beispielsweise für Sehenswürdigkeiten, die du dir schon angucken konntest?**

*Laura:* Also die „Fishermans Bastion“ ist sehr schön, man kann wunderschön den Sonnenaufgang dort ansehen, es ist fast wie eine Burg und es liegt auf einem Hügel und man kann dann ganz Budapest oder das Parlament, was auch sehr schön und sehr berühmt ist, sehen. Es ist eben sehr bekannt, um den Sonnenaufgang zu sehen. Oder auf der Liberty Bridge kann man den Sonnenuntergang angucken.



*Millenium House in Budapest*

**Lilian: Was sind weitere typische Unternehmungen in und um Budapest?**

*Laura:* Heute war ich in Szentendre, das ist eine Vorstadt von Budapest und die ist sehr bekannt für ihre Kunstgalerien und auch sehr viele Kirchen, wobei diese gerade zu sind. Aber es sind überall Stände mit Glühwein und alles war voller Lichter, das war sehr schön und die Kirche wurde angeleuchtet und es liegt auch direkt an der Donau. Man kann gutes Lángos essen, sehr ungarisch.

**Lilian: Was ist das?**

*Laura:* So ein Teiggebäck, sehr fettig, mit Creamcheese und Käse. Sehr fettig und deftig, das ist das etwas fluffige Gebäck und der Creamcheese und dann

Streukäse drauf.

**Lilian: Was ist deine Lieblingsbeschäftigung in Budapest im Moment?**

*Laura:* Also momentan kann man nicht so viel machen, also würd ich sagen Spazieren gehen und Ping Pong im Park spielen.

**Lilian: In den Medien ist mehrfach von Zuständen ähnlich einer Diktatur die Rede, inwiefern bekommst du das im Alltag mit?**

*Laura:* Also hier bekommt man eigentlich nichts mit aber ich glaube auch weil generell die Nachrichten hier... Also die ungarischen Nachrichten verstehe ich auch nicht, ich weiß nicht wie kritisch die sind. Generell hab ich versucht mit einigen Leuten über Politik zu reden, aber es ist generell ein heikles Thema hier irgendwie weil generell die anderen Parteien auch nicht so gut sind. Orban hat viele seiner Leute in den Universitäten platziert, sodass diese dann auch so ein bisschen das Curriculum bestimmen.

Es gibt eine Theateruniversität SZFE hier und die hat monatelang einen Streik gemacht und überall Proteste. Das ist auf jedenfall auch in den Nachrichten aber ich glaube davon bekommt man in Deutschland nicht so viel



*Parlament in Budapest*

mit. Aber Studierende sind schon eher aktiv gegen Orban manchmal. So selber merkt man alles aber nicht unbedingt ich glaube das ist eher auf einer anderen Ebene und vor allem als International ist man da schon so ein bisschen in seiner „bubble“, weil man manchmal nicht alles versteht, wenn man die Sprache nicht kann und auch nicht ganz versteht, wie die Politik hier in welche Sphären eingreift. Also bekomme ich das Meiste doch auch über die Medien in Deutschland mit denke ich.

**Lilian: Wie ist die Mentalität oder der Vibe in Budapest? Was ist besonders auffällig, wenn du dies mit Bonn ver-**

**gleichst?**

*Laura:* Also die ungarische Mentalität ist natürlich anders als die Deutsche. Es ist manchmal etwas schwierig zu kommunizieren. Es können auch viele Leute kein Englisch, besonders ältere Leute, zum Beispiel in den Läden und ich glaube dann wird man öfters mal etwas missverstanden. Ich denke auch im Unterschied zu Bonn, dass Budapest ja eine viel größere Stadt ist und in Städten sind die Leute ja eher ein bisschen kälter zueinander.

**Lilian: Was vermisst du an Bonn?**

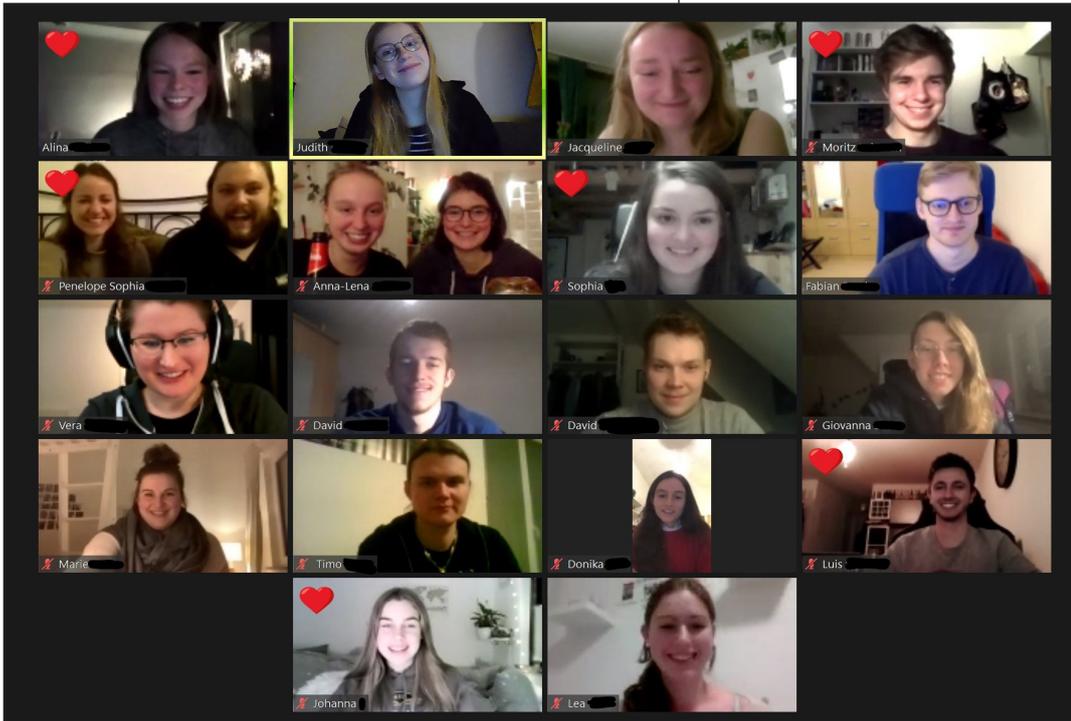
*Laura:* Meine Freund\*innen. Und

die Poppelsdorfer Allee und das Café Orange.

**Lilian: Was wirst du an Budapest vermissen?**

*Laura:* Die Architektur, es ist eine sehr internationale Stadt. Es sind sehr viele Internationales hier, es ist günstig, Bier ist sehr günstig (ca. 70ct!?) und Cocktails sind auch sehr günstig. Ich werde die Donau vermissen, die Sonnenuntergangsplätze, die Parks, es ist einfach alles sehr schön und ich glaube ich kann noch gar nicht sagen, was ich letztendlich am meisten vermissen werde.

# Impressum



Das POLITICUM ist die Zeitschrift der Fachschaftsvertretung am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Es erscheint seit 30 Jahren unregelmäßig, aber immer mal wieder.

Die in den einzelnen Artikeln vertretenen Meinungen spiegeln nicht die Ansichten der Redaktion oder die der Fachschaft Politik und Soziologie wider. Die Autor\*innen sind für den Inhalt ihrer Beiträge selbst verantwortlich.

## Redaktionsanschrift:

Redaktion POLITICUM  
Fachschaft Politische Wissenschaft und Soziologie  
Am Hofgarten 15  
D-53113 Bonn  
politicum@fs-sozpol.de  
www.fs-sozpol.de

## Erschienen:

Januar 2021

## Herausgegeben von:

Fachschaft Politik und Soziologie

## Chefredakteurin:

Judith Lea Reuber (Vi.S.d.P)

## Layout:

Judith Lea Reuber

## Mit Beiträgen von:

Donika Aliu, Dr. Alice Barth, Antonia Knop, Florian Kommer, Alina Kröber, Emily Krüger, Anna Kühn, Moritz Lahusen, Carlotta Laumann, Edith Peñafiel Brieschke, Christopher Prinz M.A., Judith Lea Reuber, Ruben Schotte, Marc Schultheis, Lilian Sekkai, Daria Vogelberg

## Bilder:

Deckblatt: Judith Lea Reuber, S. 3, 7, 27, 39: Judith Reuber, S. 4: Alina Kröber, Moritz Lahusen, S.5, 13, 16, 17: Fachschaft Politik und Soziologie, S. 9: Alice Cheung/Pixaby, S. 11, 36: Volker Lannert/Universität Bonn, S. 14: Carlotta Laumann, S. 15: Anna Kühn, S. 18,19: Ruben Schotte, S. 20,21: Antonia Knop, S. 22,23: Lilian Sekkai/Dr. Evelyn Moser, S. 25: Pedro Peñafiel, S. 29: Daria Vogelberg, S. 30: Sara Bahadori, S. 32,33: Anna Kühn, S. 41, 42, 43: Laura Heck